

## № 9.

# Verhandlungen der Bürgerschaft.

Sitzung vom 2. März 1910.

Entschuldigt waren folgende Herren:

|                    |                    |
|--------------------|--------------------|
| Achelis, Just.     | Hachmeister, W.    |
| Berninghausen, Fr. | Hafers, G. E. jun. |
| Blanke, W.         | Hormann, H.        |
| Dubbers, Aug.      | Jacobi, C. A.      |
| Fitzger, C.        | Jhlder, C.         |
| Franke, J. Aug.    | Kaemena, H.        |
| Garves, Fr.        | Kloke, W.          |

Krug, E. E.  
Lampe, Joh.  
Lustfeld, M. L.  
Otten, Herm.  
Pagenstecher, G.  
Päpke, Prof. Dr.  
Pappier, Fr.

Rudloff, H., Baurat  
Spitta, Dr. jur.  
Tietjen, Dan.  
Bagt, L.  
Binnen, F. A.  
Wuppelahl, H. A.

Unentschuldigt fehlte niemand.

## Gegenstände der Tagesordnung:

| Verhandelt Seite                                                                                                                                                                                                                                            |     | Verhandelt Seite                                                                                                                                |     |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| I. Mitteilung des Senats vom 23. Februar 1910:<br>Ausbildung der Schwachhauser Chaussee . . .                                                                                                                                                               | 141 | VII. Mitteilung des Senats vom 30. November 1909:<br>6. Aborte der Volksschule an der Kaufstraße.<br>(N. 3. Verh. gef.)                         |     |
| II. Mitteilung des Senats vom 1. Februar 1910 und<br>mündlicher Bericht der Kommission:<br>5. Jahrgeldsberechtigung der Eulen- und Ladungs-<br>und Schiffs- u. Proviantbesitzer in Bremen<br>und Bremerhaven . . .                                          | 148 | VIII. Mitteilung des Senats vom 1. Februar 1910:<br>2. Budget der Stadtbremischen Armenpflege für<br>das Rechnungsjahr 1910. (N. 3. Verh. gef.) |     |
| III. Mitteilung des Senats vom 16. Februar 1910:<br>1. Vermehrung der Mitglieder der<br>Staatsanwaltschaft . . .                                                                                                                                            | 149 | IX. Mitteilung des Senats vom 12. Februar 1910:<br>Budget für das Rechnungsjahr 1910.<br>(N. 3. Verh. gef.)                                     |     |
| 2. Inventar für das Städtische Museum . . .                                                                                                                                                                                                                 | 151 | X. Mitteilung des Senats vom 28. Dezember 1909:<br>1. Dingliche Sicherung der Bauforderungen.<br>(N. 3. Verh. gef.)                             |     |
| IV. Ergänzung der Bau-Deputation durch Klasse I . . .                                                                                                                                                                                                       | 153 | XI. Mitteilung des Senats vom 22. Februar 1910:<br>Umlage von Grundstücken. (N. 3. Verh. gef.)                                                  |     |
| V. Mitteilung des Senats vom 18. Februar 1910:<br>2. Antrag des Bürgeramts, betreffend die Ein-<br>gabe von J. Bruns und Genossen. (Dazu<br>Antrag auf Niederlegung einer Deputation<br>zur Revision des Gesetzes, betreffend die Ge-<br>werbekammer) . . . | 153 | XII. Mitteilung des Senats vom 25. Februar 1910:<br>6. Gesetz wegen Abänderung des Gesetzes,<br>betreffend die Stadtbremische Armenpflege . . . | 158 |
| 3. Spezialbudget Nr. 103. Zollausschlaggebiet<br>und Holz- u. Fabrikenhafen . . .                                                                                                                                                                           | 155 | 7. Spezialbudget Nr. 104. Häfen in Bremerhaven.                                                                                                 |     |
| VI. Antrag, betreffend Deputation wegen Beseitigung<br>von Gängen und Höfen . . .                                                                                                                                                                           | 155 | 8. Gehaltsausgleich für Zollsekretäre und<br>Zollassistenten.                                                                                   |     |
|                                                                                                                                                                                                                                                             |     | 9. Öffentlicher ärztlicher Dienst in Bremerhaven.                                                                                               |     |
|                                                                                                                                                                                                                                                             |     | 10. Stellvertretender Geschäftsführer des<br>Gesundheitsrats. (N. 3. Verh. gef.)                                                                |     |

Herr H. A. Kolze präsidiert.

Eröffnung der Sitzung 6 Uhr 23 Minuten.

Das Protokoll der vorigen Sitzung wird genehmigt.

Präsident: Eingegangen ist noch eine Mitteilung des Senats vom 22. März, wonach der Senat anzeigt, daß er für die Verhandlung seiner Mitteilung, betreffend Verstaatlichung des Landschulwesens, die Herren Senatoren Hildebrand und Bömers zu Senatskommissaren bestellt hat. Ferner zeigt der Senat an, daß er betreffs Verhandlung seiner Mitteilung, Ausbildung der Schwachhauser-Chaussée die Herren Senatoren Dr. Buff und Rastow zu seinen Kommissaren bestellt hat, denen Herr Baudirektor Graepel beigeordnet ist. Ferner zeigt der Senat hinsichtlich der Verhandlung seiner Mitteilung vom 25. Februar betreffend stellvertretender Geschäftsführer des Gesundheitsrats an, daß er Herrn Senator Stadtländer zu seinem Kommissar bestellt hat, ferner hinsichtlich seiner Mitteilung vom 25. Februar betreffend öffentlicher ärztlicher Dienst in Bremerhaven, daß er Herrn Senator Stadtländer zum Senatskommissar bestellt hat. Sodann ist noch folgende Mitteilung des Senats heute eingegangen: 1. Wahl von zwei Mitgliedern des Amtsgerichts Bremen, 2. Verkauf eines Anbauplazes in Bremerhaven, 3. Herstellung von Wohn- und Schlafzimmern für Angestellte im chirurgischen Hause der Krankenanstalt, 4. Nachbewilligung auf den baulichen Unterhaltungsfonds der Krankenanstalt, 5. Photometrische Aufnahme des Rathauses, 6. Fuhrparkstellen III, IV, V, 7. Volksschule beim Holzhafen, 8. Bauliche Änderungen im Ratskeller und im Rathause.

Sodann ist noch eingegangen ein Jahresbericht vom Verbands des Rabatt- und Sparvereins Deutschlands. Die Herren, die sich dafür interessieren, können den Bericht in der Kanzlei einsehen. Ferner ist ein Schreiben eingegangen von einem hiesigen Bürger L. Reinicke am Reedeich. Dieser beklagt sich, daß sein Grundstück durch Kanalausdünstungen entwertet sei.

Herr Schierenbeck: Ich beantrage,

daß der Senat ersucht wird, dieses Schriftstück der Bauinspektion zur Prüfung zuzuschicken.

Präsident: Sind die Herren damit einverstanden? (Zurufe: Ja!)

Senatskommissar Herr Senator Rastow: Ich will bemerken, daß ein Bericht der Tiefbauinspektion bereits aufgegeben worden ist und demnächst an die Bürgerschaft kommen wird. (Zuruf: Ueber den Fall Reinicke?)

Präsident: Wenn wir in nächster Zeit einen Bericht zu erwarten haben, dann wäre es doch unnötig, erst einen Bericht zu fordern.

Herr Schierenbeck: Das ist aber hier eine besondere Eingabe, in der sich der Herr beklagt.

Präsident: Wenn Herr Senator Rastow uns einen Bericht in Aussicht stellt und die Interessen des Herrn Reinicke sollten noch nicht berücksichtigt sein, so können wir dann ja darauf zurückkommen. Wir wollen diese Eingabe für heute ad acta legen. — Ferner ist ein Antrag eingegangen von einer großen Anzahl von Herren. Herr Dr. Luidde ist der Antragsteller. Der Antrag lautet:

Die Bürgerschaft beschließt die Niederlegung einer Deputation, der aus der Bürgerschaft 14 Mitglieder angehören sollen, zur Revision des Gesetzes, betreffend die Gewerbekammer vom 27. April 1906.

Sie ersucht den Senat, diesem Beschlusse beizutreten.

Wir kommen heute näher auf diesen Gegenstand zurück. Ferner sind noch zwei Anträge eingegangen von einer großen Anzahl von Herren unterschrieben. Das Begleitschreiben lautet:

Im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion der bremischen Bürgerschaft reiche ich hiermit beiliegende Anträge ein.

Ich möchte Herrn Pieck darauf aufmerksam machen, daß wie auch meine Vorgänger, die Herren Claussen und Gruner, ich auf dem Standpunkte stehe, daß wir als Bürgerschaftsmitglieder eine sozialdemokratische Fraktion nicht anerkennen können. Die Bürgerschaft besteht aus acht Klassen von bremischen Bürgern, und die Herren, die diesen Antrag gestellt haben, gehören der vierten Klasse an. Also den Ausdruck sozialdemokratische Fraktion können wir nicht gutheißen. Es hat keinen Zweck. Ich wollte das beiläufig erwähnen; die Herren hätten den Antrag ebenjogut auf meinen Tisch legen können.

Herr Pieck: Das Recht, daß wir uns als sozialdemokratische Fraktion fühlen, können mir die Herren der Bürgerschaft nicht abstreiten. Wir fühlen uns als Sozialdemokraten abgefordert von den übrigen Bürgerschaftsmitgliedern.

Präsident: Ich bleibe dabei, daß wir eine sozialdemokratische Fraktion nicht anerkennen können. Der erste Antrag lautet:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat die Schuldeputation anzuweisen, die Schulseiern am Sedantage und zu Kaisersgeburtstag aus dem Lehrplan der Schulen zu streichen.

Der zweite Antrag lautet:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat die Schuldeputation anzuweisen, die religiösen Morgendachten (Absingen eines Chorals und Gebet) bei Beginn des täglichen Schulunterrichts aufzuheben.

Der erste Antrag ist von Herrn Henke und der zweite von Herrn Pieck. Beide Anträge sind genügend unterstützt. Ich werde dem Bürgeramte vorschlagen,

diese beiden Anträge auf die nächste Tagesordnung zu sehen.

Ferner ist eingegangen eine Petition vom Bunde der technisch-industriellen Beamten, Ortsgruppe Bremerhaven, Begejack und Bremen:

Wir bitten dringend sich dafür einzusetzen, daß die Reichsversicherungsordnung nicht verabschiedet wird, ohne daß darin den Wünschen der Privatangestellten auf eine bessere staatliche Versicherung für die Zeiten des Alters und der Invalidität gebührend Rechnung getragen wird.

Das können wir nicht gut machen. Ich höre, daß heute im Reichstage eine Resolution angenommen ist, die Sache soll von Reichs wegen so rasch als möglich gefördert werden.

Sodann ist noch eine Eingabe gekommen von einer großen Anzahl Anwohner der Schwachhauser-Chaussee, die wünschen, daß die bis zur Friedhoffstraße vorgeschlagene Verbreiterung auf 12,50 m auch noch weiter nach Horn zu auf 12,50 m gebracht wird und nicht auf 10 m bleibt. Wir werden beim ersten Gegenstande unserer Tagesordnung auf diese Eingabe zurückkommen.

Nr. 1 der Tagesordnung:

## Mitteilung des Senats vom 23. Februar 1910:

### Ausbildung der Schwachhauser-Chaussee.

Senatskommissare die Herren Senatoren Dr. Buff und Nassow. Beigeordneter Herr Baudirektor Graepel.

Präsident: Ich möchte erwähnen, daß die beiden letzten Anträge, soweit mir zur Kunde gekommen ist, festgestellt sind unter Mitwirkung von Herren der Budgetkommission. Die Budgetkommission scheint von diesen Anträgen Kenntnis genommen zu haben.

Herr Davin: Ich halte es für außerordentlich erfreulich, daß die Baudeputation, Abteilung Straßenbau, resp. Wegebau, an uns mit dieser Vorlage herangetreten ist. Wir können uns freuen, wenn die Fahrbahn der Schwachhauser-Chaussee, auf welcher ein sehr reger Verkehr herrscht, auf eine Breite von 12,50 m festgelegt wird. Die Mehrkosten, die gegenüber dem früheren Projekt gefordert werden, stehen in keinem Verhältnis zu dem großen Vorteile und müssen aufgewendet werden. Ich möchte dringend bitten, dem Antrage zuzustimmen und die Mehrkosten zu genehmigen. Ich finde, daß in dem Antrag das Gute mit dem Nützlichen verbunden wird, den Automobilisten gibt man die gewünschte Fahrbahn aus Stampfasphalt, während man für die Einbettung der Straßenbahnschienen eine Steinpflasterung in Vorschlag bringt, die in jeder Beziehung angenommen werden kann und angenommen werden muß. Wenn wir die Fahrbahn so ausgestalten, wie die Baudeputation vorschlägt, so

werden wir sehen, daß in Zukunft dem Staate für Reparaturkosten große Summen erspart werden und ferner, daß eine Menge von Unannehmlichkeiten, die bei dem Stampfasphalt unvermeidlich sind, und worauf ich früher hingewiesen habe, den Passanten und Anwohnern erspart bleiben.

Ich möchte der Vorlage noch etwas hinzugefügt wissen und die Baudeputation auffordern, statt der einen Schlackensteinschicht, die längs der Schienen, zwischen dem Stampfasphalt und dem Geleise gelegt werden soll, deren zwei zu nehmen, um so die Schienen vom Stampfasphalt unabhängig zu machen. Die eine Steinreihe ruht auf dem Schienenfuße und wird bei den unvermeidlichen Temperaturverschiebungen, denen die Schienen unterworfen sind, zwischen dem Stampfasphalt und dem leitenden Steine eine lose Stelle bilden. Haben wir zwei Reihen Schlackensteine auf der Seite der Schiene, so wird eine vollständige Unabhängigkeit zwischen dieser und dem Asphalt entstehen, außerdem sind auch die Schlackensteine billiger als Stampfasphalt. Ich freue mich, daß uns jetzt die Bauverwaltung selbst mit diesem Vorschlage kommt, entgegen dem, was sie vor Jahresfrist gewollt hat. Sie wissen, wie eifrig von ihr hier in der Bürgererschaft Stampfasphalt für Straßenzüge, in denen Geleise vorhanden sind, empfohlen wurde; auch wissen Sie, meine Herren, wie sehr ich eingetreten bin dafür, daß man innerhalb und neben den Schienen von Stampfasphalt absehen möge, und zwar wegen der vielen Reparaturen und großen Nachteile. Ich glaube annehmen zu dürfen, daß meine derzeitigen Worte auf fruchtbaren Boden gefallen sind, die Vorlage ist aber auch ein Beweis dafür, daß die Bauverwaltung bemüht gewesen ist, die Erfahrungen, die in anderen Städten in bezug auf Stampfasphalt gemacht wurden, für Bremen rechtzeitig zu verwenden. Ich hatte Gelegenheit, mit einer größeren Anzahl von Straßenbahnschleutenden auf einer Versammlung zusammen zu sein und habe erfahren, daß die damals so sehr gerühmten hohen Schienen, die in Hamburg zur Verwendung gebracht worden sind, sich heute eines zweideutigen Urteils erfreuen. Ferner kann ich sagen, daß in München seit einigen Jahren in Straßenzügen, wo Straßenbahnschienen liegen, kaum mehr Asphalt zur Anwendung gekommen ist, und zwar wegen der erheblichen Reparaturkosten. In München sorgt man sogar dafür, daß bei auszubessernden größeren Straßenbahnstrecken, die in Asphalt liegen, tunlichst bei dieser Gelegenheit eine andere Pflasterungsart gewählt wird, um die riesigen Reparaturkosten unmöglich zu machen und den Unannehmlichkeiten, die durch die fortwährenden Asphaltreparaturen für das Publikum und die Anwohner entstehen, aus dem Wege zu gehen. Ferner ist derzeit gesagt, daß durch Anbringung von Holzklößen neben den Schienen eine erhebliche Verbesserung geschaffen ist, in Straßen, wo Asphalt zur Anwendung kommt. Auch da ist man darüber hinaus. Man weiß, daß eine Verbesserung

entstanden ist, daß die Mängel aber dadurch nur zum Teil gehoben werden, die der Stampfasphalt mit sich bringt. Ich freue mich wiederholt darüber, daß wir die neue Vorlage haben und bitte dringend, dieselbe anzunehmen sowie die Kosten zu genehmigen. Aber wenn wir einmal an der Schwachhauser-Chaussee eine Fahrbahn erhalten sollen, die so breit ist, daß neben dem Straßenbahngleise rechts und links je zwei Fuhrwerke sich begegnen können, dann möchte ich ersuchen, auch in Erwägung zu ziehen, ob es nicht angebracht ist, den Fuhrwerken zu verbieten, auf das Straßenbahngleise zu fahren, um auch dadurch dem bremischen Staate eine Menge Reparaturkosten zu ersparen. Wir haben bislang noch keine Straßen, in denen rechts und links neben dem Geleise je zwei Wagen nebeneinander fahren können. Die Schwachhauser-Chaussee wird die erste Straße sein, wo solches der Fall, es liegt dann aber auch kein Grund mehr vor, die Wagen auf den Straßenbahngleisen fahren zu lassen. Ich empfehle meine Anträge.

Herr Grimmenstein: Herr Präsident! Meine Herren! Wir hatten schon vor einigen Jahren eine Vorlage wegen Neupflasterung der Schwachhauser-Chaussee, und ich glaube, die Bürgerschaft kann sich bedanken dafür, daß ich diese Vorlage mit zu Fall gebracht habe. Denn, wenn wir damals die Vorlage angenommen hätten, wäre die Schwachhauser-Chaussee unrettbar verunfallt worden. Aber auch die jetzige Vorlage, ich fürchte das, trifft wieder nicht das Rechte, indem wieder etwas gemacht wird, was nachher Anlaß zur Klage geben wird. Ich glaube nicht, daß wir die Vorlage ohne weiteres annehmen können, sondern wir werden gut tun, dieselbe an eine Kommission von 9 Mitgliedern zu verweisen. Es ist bei dieser Vorlage Rücksicht genommen auf alle möglichen Sachen, auf die elektrische Bahn, auf Fuhrwerke und Reiter, aber auf Fußgänger hat niemand Rücksicht genommen, und ebenso wenig auf die Anwohner an der östlichen Seite. Diese haben seit langen Jahren den Nachteil gehabt, daß der Reitweg auf der östlichen Seite liegt, und die Anwohner und auch die Fußgänger haben dort den Staub schlucken müssen. Ich muß sagen, ich halte es für notwendig, daß der Reitweg in die Mitte gelegt wird, genau so, wie es jetzt bei der Parkallee ist. Allerdings haben die Reiter verschiedene Bedenken erhoben und hatten einen Reitweg von 4 m verlangt. Aber einen solchen Reitweg gibt es im ganzen Bremer Gebiet nicht. Ich wollte also sagen, wenn der Reitweg auf geringere Breite beschränkt wird, wir ihn gut verlegen können. Es ist gut für die Fußgänger als auch für die Fuhrwerke. Meine Herren, es sind verschiedene Mängel vorhanden. Die Radfahrer sind auch nicht mit diesem Projekte einverstanden. Ich bin kein Radfahrer, ich kann nicht beurteilen, ob den Wünschen der Radfahrer entsprochen werden muß, aber ich will sagen, daß die Sache in der Kommission

geprüft werden muß. Wir können alle diese Sachen hier schlecht übersehen, und ich glaube, daß wir gut tun,

die Sache an eine Kommission von 9 Mitgliedern zu verweisen, und ich bitte also, diesen Antrag anzunehmen.

Der Antrag Grimmenstein wird genügend unterstützt.

Herr Notar Tebelmann: Daß die Vorlage, soweit die Verbreiterung der Schwachhauser-Chaussee in Frage kommt, zu empfehlen ist, das ist von Herrn Davin ausführlich hervorgehoben worden. Daß die Vorlage, wie Herr Grimmenstein bereits ausgeführt hat, aber noch einige Mängel hat, glaube ich auch. Ich mache darauf aufmerksam, daß durch die Vorlage der Radfahrweg beseitigt werden soll, der wird aufgehoben von der Parkallee bis zur Niensbergerstraße, und von da an soll ein solcher wieder hergestellt werden. Auch müssen wir darauf bedacht sein: es soll nach der Vorlage wieder eine Anzahl schöner Bäume beseitigt werden. Es heißt allerdings, daß die schönen Platanen und Linden bei Rickmers Landgut erhalten bleiben sollen. Aber man weiß doch, wohin das leicht führen kann. Ich würde bedauern, wenn es nicht möglich wäre, auch bei der neuen Anlage den Radfahrweg, wie er jetzt von der Parkstraße ab besteht, zu erhalten. Ob der Radfahrweg verlegt oder neu eingerichtet wird, das ist Sache der Deputation, aber wenn der gänzlich verschwinden soll, dann würde das von vielen Radfahrern schmerzhaft empfunden werden. Und darum, weil mancherlei noch zu besehen ist, möchte ich den Antrag Grimmenstein zur Annahme empfehlen.

Senatskommissar Herr Senator Dr. Buff: Ich freue mich über die anerkennenden Worte, die Herr Davin dieser Vorlage gebracht hat. Es werden erhebliche Mittel von Senat und Bürgerschaft verlangt, um die Schwachhauser-Chaussee anders zu gestalten. Aber es ist ein lebhaftes und allseitig anerkanntes Bedürfnis, daß diese Perle unserer Stadt jetzt in würdiger Weise ausgestaltet wird. Ich darf versichern, daß die Vorlage, die an die Bürgerschaft gebracht ist, in allen Instanzen auf das sorgfältigste geprüft worden ist. Wir sind von der Erwägung ausgegangen, daß der Hauptverkehr sich bis zur Friedhofstraße erstreckt und für diese Strecke eine größere Breite erforderlich sei, als auf der anderen Strecke, selbst wenn auf dieser Strecke den Radfahrern die Möglichkeit, auf besonderen Wegen zu fahren, genommen wird. Ich habe persönlich ein besonderes Interesse für die Radfahrer — ich selbst bin Radfahrer und habe früher Rad gefahren — und habe die Auffassung, es muß der Radverkehr, soweit die Verhältnisse es gestatten, auf besondere Wege verwiesen werden. Ich habe mich schwer entschließen können, hier den Forderungen des großen Verkehrs nachzukommen und für die Strecke bis zur

Friedhofstraße mich einverstanden zu erklären, die Straße auf 12,50 m Breite zu bringen unter Wegfall des Radfahrweges. Von der Friedhofstraße an wird ein besonderer Radfahrweg wieder kommen.

Dann hat Herr Tebelmann die Frage der Bäume angeschnitten. Im vorigen Jahre haben wir beim Ausbau der Horner-Chaussee uns auch dazu verstehen müssen, alte und schöne Bäume zu fällen. Ich habe recht viele Verhandlungen mit Sachverständigen gehabt, und wir haben uns schließlich kompromißweise dahin verständigt, daß die Horner-Chaussee nur auf eine Breite von 9 m gebracht wird. Das war eine Konzession an die Liebhaber der Bäume. Und wenn wir nun das Resultat sehen, dann werden Sie zugeben, daß man eigentlich nicht sagen kann, die Horner-Chaussee hat sich durch den Wegfall von Bäumen verschlechtert, (Zustimmung) im Gegenteil, es sind durch den Wegfall der Bäume andere reizvolle, schöne Landschaftsbilder entstanden. Wir haben Einblicke in die Gärten von Wästen, Frige und Plate erhalten; und die haben wir früher nicht gehabt, diese Einblicke sind früher sehr beengt gewesen. Bei derartigen Anlagen, für welche ganz erhebliche Staatsmittel beansprucht werden, und die auf Jahrzehnte geschaffen werden, da dürfen wir die Liebe zur Natur nicht in den Vordergrund stellen und ihr den Vorrang lassen vor den Bedürfnissen des Verkehrs, und man kann nicht in Rücksicht auf das Bestehenlassen von Bäumen die Breite hintenan lassen, man darf nicht etwas schaffen, was dem Verkehr widerspricht. Wenn Sie sich nicht überzeugen können, daß diese Vorlage dringend ist, weil das Frühjahr bevorsteht, und wenn Sie sich entschließen sollten, die Sache an eine Kommission zu verweisen, so würde ich nichts einzuwenden haben, aber ich gebe mich der Hoffnung hin, daß es der Kommission möglich sein wird, sobald als möglich die Sache zum Abschluß zu bringen, damit noch im Laufe dieses Frühjahrs die Arbeiten begonnen werden können. Es gilt hier etwas zu schaffen, was eine Zierde unserer Stadt werden soll, zu der Senat und Bürgerschaft gern die Mittel bewilligen werden. (Bravo!)

Herr Kunoth: Der Herr Senatskommissar hat die Schwachhauser-Chaussee eine Perle unserer Stadt genannt. Ich glaube, alle Herren werden ihm zustimmen. Aber es werden viele nicht begreiflich finden, warum man mit der Verbreiterung bei der Friedhofstraße Halt macht und nur bis dahin die Straße in 12,50 m Breite mit Asphaltpflaster anlegt. Dann soll mit einemmale die kleine Strecke von der Friedhofstraße bis zum Bahnerweg nur Steinpflaster haben und nur 10 m breit werden. Ich halte das für verkehrt. Ich glaube, wenn wir so verfahren, werden wir uns für die Zukunft, wenn wir doch zur weiteren Verbreiterung der Endstrecke kommen müssen, große Kosten auferlegen, während wir jetzt, wenn wir auch das letzte Ende der Chaussee in 12,50 m Breite und

in Stampfasphalt herstellen, mit verhältnismäßig geringen Kosten davon kommen würden. Der Herr Präsident hat die in dieser Sache eingegangene Eingabe von den Anwohnern verlesen. Wird die Sache an eine Kommission verwiesen, so muß auch diese Eingabe beraten werden. Ich glaube, daß, wenn auch der letzte Teil der Schwachhauser-Chaussee in 12,50 m Breite und in Asphalt ausgeführt wird, sich die Frage des Radfahrweges von selbst lösen würde. Denn einen besseren Weg als Asphalt kann man für die Radfahrer nicht wünschen. Ich hoffe, daß sich so die Wünsche der Radfahrer und auch die Wünsche der Petenten erfüllen.

Herr Richter von Spreckelsen: Auch ich empfehle die Kommissionsberatung, und zwar besonders wegen des Punktes, daß die Breite der Fahrbahn bis zur Friedhofstraße auf 12,50 m erweitert werden soll. Die Begründung der Vorlage hat mich nicht überzeugen können, daß es notwendig im Verkehrsinteresse sei, eine derartige Verbreiterung vorzunehmen. Ich möchte hinweisen darauf, daß allerdings der Verkehr auf der Schwachhauser-Chaussee mit der Zeit zunehmen wird. Er wird aber auch in erheblicher Weise in der Zukunft entlastet werden. Ein sehr erheblicher Fuhrwerksverkehr findet auf der Schwachhauser-Chaussee zurzeit gewöhnlich nicht statt, nur bei außerordentlichen Gelegenheiten, namentlich dann, wenn Rennen stattfinden, findet dort ein erheblicher Verkehr statt. Nun wird die Schwachhauser-Chaussee durch Anlage von Seitenstraßen, durch Anlage der großen Straße, die wir beschlossen haben, welche auf den Rennplatz führt, ferner durch die große Straße, welche auf der Seite in der Richtung nach Oberneuland geführt werden soll, entlastet werden. Wir haben es jetzt mit einem Zwischenzustand zu tun, der sich nach Verlauf von etwa 10 Jahren vollständig geändert haben wird. Ich meine, daß die Frage, ob es notwendig ist, diese Verbreiterung in solcher Weise vorzunehmen, sorgfältig in einer Kommission geprüft werden muß. Diese Verbreiterung macht auch erhebliche Mehrkosten, und der Appetit kommt beim Essen. Die Anwohner des letzten Teils der Chaussee kommen schon und sagen, wir müssen auch 12½ m Breite haben. Ein besonderer Grund, weshalb diese Vorlage in einer Kommission zu prüfen ist, ist noch der, daß der Radfahrweg in Wegfall kommen soll. Es ist richtig, daß die Radfahrer auf Asphalt radeln können, aber es ist zweifellos, daß der Radverkehr den Fuhrwerksverkehr erschwert, wenn beide auf dieselbe Straße angewiesen sind. Im Interesse des Radfahrverkehrs, der Autos und des anderen Verkehrs halte ich es für wünschenswert, daß ein besonderer Radfahrweg erhalten bleibt. Ich meine, diese beiden Punkte genügen allein, um eine Kommissionsberatung zu rechtfertigen.

Was die Frage der Erhaltung der Bäume anlangt, so bin ich, wie die Herren wissen, ein großer Freund der Erhaltung dieser Bäume. Im vorigen Jahre habe ich darauf hingewiesen, daß es bedauerlich sein würde,

wenn die schöne Allee an der Schwachhauser-Chaussée im Landgebiet beseitigt würde, aber ich habe leider einsehen müssen, daß die dankenswerten Bemühungen, die Bäume zu erhalten, keinen Erfolg haben konnten. Es liegt das hauptsächlich daran, daß die Allee eine verschiedene Breite hat, daß die Bäume nicht in demselben Abstand voneinander stehen, so daß man nicht unter allen Umständen eine Fahrbahn von 10 m erhalten könnte, wenn die Baumreihe erhalten bliebe. Ich muß daher zu meinem Bedauern erklären, daß die Vorlage in dieser Beziehung jedenfalls recht hat. Es wäre aber zu wünschen, daß die Neupflanzungen bald vor sich gehen, damit wir in Zukunft ein ähnlich schönes Bild erhalten, wie es zurzeit vorhanden ist.

Herr Hagemeyer: Herr Präsident! Meine Herren! Ich weiß sehr wohl, daß es dringend notwendig ist, die Schwachhauser-Chaussée in einen besseren Zustand zu setzen, aber die Anwohner sind, wie aus der Petition hervorgeht, doch darüber enttäuscht, daß nicht auch das obere Ende von der Friedhofstraße auf 12,50 m Breite angelegt werden soll. Ich möchte ihren Wunsch unterstützen. Herr Davin hat schon ausgeführt, daß das Befahren der Gleise durch andere Wagen nicht zum Vorteil für die Straßenbahnstrecke sei. Trotzdem die Straßenbahn wesentlich zu den Kosten herangezogen wird, ist es doch notwendig, daß auch das andere Ende der Schwachhauser-Chaussée auf 12,50 m angelegt wird, damit die Wagen nicht gezwungen werden, auf den Straßenbahngleisen zu fahren. Aus diesem Grunde könnte ich dem Antrage des Herrn Grimmenstein zustimmen.

Senatskommissar Herr Senator Rastow: Herr Präsident! Die Hauptbedenken, die die Herren ausgesprochen haben, richten sich gegen die Strecke von der Friedhofstraße ab; es ist in der Hauptsache die Baumfrage und die Frage, ob die Fahrstraße ebenfalls von 10 auf 12½ m verbreitert werden soll. Ich kann mich damit einverstanden erklären, daß diese Fragen in einer Kommission näher besehen werden. Für die Strecke von der Althandstraße bis zur Friedhofstraße bestehen keine weiteren Bedenken als die von Herrn Grimmenstein geäußerten wegen des Radfahrwegs und des Reitwegs auf der rechten Seite. Wenn es uns gelingt, die Herren zu überzeugen, daß diese Sachen hier erledigt werden können, so könnte über die Strecke bis zur Friedhofstraße heute bereits beschlossen, und brauchte nur die weitere Strecke an die Kommission verwiesen werden. (Sehr richtig!) Ich brauche Ihnen nicht auseinanderzusetzen, daß sich die Schwachhauser-Chaussée in einem desolaten, Bremens unwürdigen Zustande befindet. Wir sind nun auf Grund erneuter Prüfungen und der Erfahrungen, die man in anderen Städten gemacht hat, zu der vorliegenden abgeänderten Vorlage gekommen. Nun müssen die Schienen bestellt und die Lieferung der Asphaltdecke ausgeschrieben werden. Wenn durch eine Kommissionsberatung eine Verzögerung

eintritt, so ist kaum daran zu denken, daß die Strecke noch in diesem Sommer fertig wird. Deshalb möchte ich dringend bitten, zu überlegen, ob es nicht richtig ist, über die Strecke bis zur Friedhofstraße schon heute zu beschließen und nur für die weitere Strecke eine Kommissionsberatung in Kraft treten zu lassen.

Was die beiden Punkte betrifft, die bemängelt sind, so möchte ich bemerken, daß es für die Radfahrer zweifellos sehr angenehm ist — ich bin selbst lange Jahre Radfahrer gewesen — einen eigenen Radfahrweg zu haben. Es ist aber doch zu fragen, ob bei einer derartig großen Straßenanlage die Einzelinteressen so in den Vordergrund treten dürfen, und ich bin deshalb entgegen meiner ersten Meinung darauf gekommen, den Vorschlag fallen zu lassen. Ich muß übrigens konstatieren, daß mir sehr viele Radfahrer gesagt haben, sie führen sehr gern auf Asphaltpflaster, und die Chaussée würde durchaus genügen.

Was den Reitweg anlangt, so ist allerdings eine Eingabe von Anwohnern der Schwachhauser-Chaussée eingegangen, worin gebeten wird, den Reitweg in die Mitte der Chaussée zu legen. Wir haben die Frage in der Pflasterkommission der Bürgerschaft und in der Baudeputation wiederholt geprüft, ich kann aber sagen, daß wir dort fast einstimmig zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß der Reitweg nicht in die Mitte gelegt, sondern auf der rechten Seite belassen werden sollte. Es wird aber beabsichtigt, denselben härter auszubilden, wie er z. B. in der Parkallee ist, um dadurch den berechtigten Klagen über die Staubentwicklung Rechnung zu tragen. Ich glaube daher, die Herren könnten sich schon heute abend dahin entschließen, den Reitweg auf der rechten Seite zu belassen und auf einen Radfahrweg zu verzichten. Wenn sich die Herren aber darüber klar sind, können sie schon heute über die Chaussée bis zur Friedhofstraße fest beschließen, und wir können mit den Arbeiten sofort vorwärts gehen, was im Interesse des Verkehrs im höchsten Grade wünschenswert ist. Deshalb erlaube ich mir anheimzugeben, eine getrennte Abstimmung herbeizuführen: über den ersten Teil der Chaussée bis zur Friedhofstraße und die Verweisung des weiteren Teils an eine Kommission.

Herr Hagemeyer: Wenn es nicht möglich ist, eine getrennte Abstimmung vornehmen zu lassen, möchte ich mir erlauben zu beantragen:

Die Kommissionsberatung auf den zweiten Teil der Chaussée, von der Friedhofstraße bis nach Horn, zu beschränken.

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Senatskommissar Herr Senator Rastow: Ich möchte meinen Ausführungen noch etwas hinzufügen, was ich vergessen hatte. Herr Davin hat angeregt, die Schienen mit zwei Reihen Schlackensteinen einzufassen. Nach der Aussage von Herrn Baudirektor Graepel liegt dagegen nichts vor, und sind wir bereit, das zu akzeptieren.

Was die Höhe der Schienen anbelangt, so ist das eine Frage, die sehr umstritten ist. Das reichhaltige interessante Material, das uns darüber vorliegt, sagt uns, daß eine Anzahl von Stadtverwaltungen für hohe, andere für niedrige Schienen ist. Da aber Herr Davin gerade München angeführt hat, so möchte ich mir erlauben, einen kurzen Passus aus einem Bericht des städtischen Bauamts in München mitzuteilen:

„Bezüglich des Schienenprofils bemerken wir, daß wir Schienen von 21 cm mit 18 cm Fußbreite verwenden, welche sich sehr gut bewährt haben.“

Es wird auch darauf hingewiesen, daß, seitdem die Schienen zweckentsprechend eingebettet wurden, erhebliche Verbesserungen eingetreten sind.

Herr Böttcher: Herr Präsident! Meine Herren! Ich bin im allgemeinen wohl für Kommissionsberatungen, aber hier in diesem Falle halte ich eine Kommissionsberatung wirklich nicht für nötig. Nachdem die Vorlage schon so oft durchberaten und geprüft ist, bleibt wirklich für eine Kommission nichts mehr zu tun übrig. Soviel Pläne auch durchberaten sind, es hat sich immer dieser Plan wieder als der beste erwiesen. Höchstens kann ich mich dem Antrage anschließen, daß der zweite Teil der Chaussee an eine Kommission verwiesen werde. Was den Radfahrweg anbetrifft, so mag er ja für Radfahrer erwünscht erscheinen, aber Asphaltpflaster ist auch für Radfahrer sehr geeignet, und die Straße wird doch breit genug und ist auch ziemlich gerade, daß die Radfahrer den Wagen ausweichen können. Was den Reitweg anlangt, so ist der Wunsch geäußert, wir möchten ihn verlegen, damit die Anwohner nicht von Schmutz und Staub belästigt würden. Der Wunsch der Petenten, daß die Staubplage vermindert werden möchte, wird ja erfüllt werden, aber alle Petitionen zur Zufriedenheit zu erledigen, ist kaum möglich, weil die Wünsche zu sehr auseinandergehen. Manche wünschen den Reitweg in die Mitte der Chaussee gelegt zu sehen, andere wollen ihn auf der Seite beibehalten. Die von der Deputation vorgeschlagene Einrichtung wird die Fuhrleute und Kutscher befriedigen und auch den größten Teil der Bevölkerung. Der Reitweg soll aber insofern anders und besser werden, als das Material etwas härter werden soll. Was die Bäume anlangt, so müssen ja etliche fallen, sie dürfen uns aber nicht so am Herzen liegen. Der Automobilverkehr dehnt sich immer mehr aus, dafür müssen breite Straßen vorhanden sein, und es geht da nicht, daß Bäume, und wenn sie noch so schön sind, in die Fahrstraße hineinragen, sie müssen beseitigt werden. Aber wir bekommen die Bäume ebenso schön wieder. Sie sehen ja im Bürgerpark und im Bürgerwald, wie schnell Bäume wachsen. Was die Fortsetzung der Straße anlangt, so haben die Herren recht, daß es erwünscht ist, daß auch die andere Strecke die Breite der ersten erhält. Es handelt sich da nur um den Kostenpunkt. Wenn Sie eine Kom-

mission wählen und die zu dem Resultat kommt, daß die Straße verbreitert werden soll, so sind wir einverstanden. Es wird ja nicht alles in einem Jahre gemacht werden, und unsere Finanzen bessern sich ja auch wieder. (Heiterkeit. Zurufe.) Nach der schlechten Zeit kommt auch wieder eine gute. Ich möchte bitten, den ersten Antrag heute zu genehmigen und nur den zweiten an eine Kommission zu verweisen.

Herr Biermann: Herr Präsident! Meine Herren! Im Gegensatz zu Herrn Richter von Sprendeksen möchte ich die Vorlage aufs wärmste begrüßen. Vor allen Dingen möchte ich meine Freude darüber aussprechen, daß die Schwachhauser-Chaussee wenigstens auf der Strecke bis zur Friedhofstraße eine Fahrbahn von 12½ m Breite erhalten soll. Eine solche Breite ist unbedingt notwendig. Wir leiden im allgemeinen in Bremen darunter, daß unsere sämtlichen Ausfalltore aus der Stadt viel zu schmal angelegt sind. Wenn gesagt ist, daß durch die zukünftigen Straßen, besonders die auf der rechten Seite der Schwachhauser-Chaussee diese Chaussee entlastet werden wird, so ist doch zweifellos, daß in Zukunft der Verkehr nach Worpswede und Oberneuland auch stark wachsen wird. Deshalb muß man auf jeden Fall an der Breite von 12½ m festhalten.

Was die weitere Strecke von der Friedhofstraße bis nach Horn anlangt, so würde es mir auch sehr sympathisch sein, wenn auch diese Strecke auf 12½ m gebracht werden könnte. Ich gestehe aber zu, daß das doch nicht so wichtig ist als für den ersten Teil, da zweifellos die Friedhofstraße und die Niensbergerstraße viel von dem Verkehr aufnehmen und so auf diesem Teile der Chaussee eine Verminderung des Verkehrs im allgemeinen stattfindet.

Vor allen Dingen aber möchte ich bitten, der Anregung des Herrn Grimmenstein, den Reitweg in die Mitte der Chaussee zu legen, nicht zu folgen. Wenn ein Reitweg von nur 3 m Breite inmitten einer Straße liegt, und es fahren auf beiden Seiten Wagen und laufen elektrische Wagen und Automobile dahin, so ist damit für die Reiter eine außerordentliche große Gefahr verbunden. (Sehr richtig!) Jeder, der reitet, wird bestätigen, daß es eine außerordentliche Schwierigkeit bedeutet, auf einem jungen Pferde zwischen zwei Straßen mit großem Verkehr entlang zu reiten. Auch in der Parkallee ist allerdings der Reitweg in die Mitte der Straße gelegt, das ist auch nicht sehr glücklich, dort aber ist die Gefahr nicht so groß, weil dort kein Straßenbahnverkehr und auch der Automobilverkehr viel geringer ist als an der Schwachhauser-Chaussee. Besonders gefährlich ist, wenn auf beiden Seiten des Reitweges Stampfasphalt ist. Scheut ein Pferd und macht einen Seitensprung herunter vom Reitweg auf die Fahrbahn, dann kommt es bei den glatten Reiteisen sehr leicht zu Fall, und daß das eine große Gefahr für den Reiter bedeutet, wird mir jeder zugeben. Außerdem vermag ich nicht

einzuweisen, daß die Anwohner einen sehr großen Nutzen davon haben würden, wenn der Reitweg von der Seite in die Mitte der Straße gelegt würde, da sie von der einen Seite doch immer den Reitweg zu passieren haben würden, um die elektrische Bahn zu erreichen. Aber ich möchte auch noch darauf hinweisen, daß die Schmutz- und Staubentwicklung, wie wir sie an der Schwachhauser-Chaussée jetzt leider haben, durchaus nicht notwendige Attribute eines Reitweges sind. Wir Reiter würden uns sehr freuen, wenn es gelingen sollte, den Schmutz und Staub dort etwas zu beseitigen. Und das kann geschehen, wenn man für den Reitweg eine etwas festere Unterlage nimmt und darauf eine Schüttung von grobkörnigem Kies bringt. Solche Reitwege gibt es in Berlin, Frankfurt am Main und Köln. Eine derartige Verbesserung des Reitweges ist für das Publikum im allgemeinen sehr erwünscht, und ich bin überzeugt, daß sie dazu führen wird, die jetzt berechtigten Klagen in dieser Richtung aus der Welt zu schaffen.

Was den Radfahrweg anlangt, so gebe ich zu, daß es für die Radfahrer angenehm sein würde, wenn sie einen Sonderweg bekommen würden. Auf der andern Seite ist aber darauf hinzuweisen, daß Stampfasphalt eine sehr gute Bahn für Radfahrer ist, und in vielen Städten, die einen außerordentlich starken Verkehr haben, haben sich daraus keine Mißstände ergeben, daß die Radfahrer auf den asphaltierten Fahrbahnen fahren. Ich glaube daher, daß der Punkt nicht von so großer Bedeutung ist.

Ich möchte meinerseits auch dem Antrage zustimmen, wonach schon heute die Bewilligung wenigstens des ersten Teiles der Schwachhauser-Chaussée bis zur Friedhofstraße nach der Vorlage, wie sie uns zugegangen ist, ausgesprochen werden soll, während über die Ausbildung der weiteren Strecke eine Kommissionsberatung eintreten könnte. Ich möchte aber nochmals vor allen Dingen bitten, auch diejenigen Herren, die durch einen Frühritt eine Erholung von des Tages Last und Mühen suchen, nicht in ihrem Recht auf einen brauchbaren und benutzungsfähigen Reitweg zu beschränken, wie es geschehen würde, wenn der Reitweg von der Seite in die Mitte der Straße gelegt würde.

Herr Fr. Achelis: Nach den vorigen Reden werde ich mich kurz fassen. Ich habe mich sehr gefreut, daß die Fahrbahn auf 12,50 m angelegt werden soll. Im allgemeinen hat Bremen die Tendenz, die Straßen zu schmal anzulegen. Ich erinnere an die Nordstraße und eine Reihe anderer Straßen, die zu schmal angelegt sind. Wenn Bremen so fortschreitet wie in den letzten dreißig Jahren, so werden diese Straßen bald zu schmal. Ich bin der Ansicht, daß die Sache so gründlich geprüft ist, daß es nicht notwendig ist, noch eine Kommissionsberatung über den ersten Teil der Vorlage zu haben, sondern höchstens über den zweiten Teil.

Dann noch einige Worte über die Bäume. Ich bin der Ansicht, daß man bei Anlegung großer Heerstraßen auf Bäume überhaupt keine Rücksicht nehmen sollte. Die Heerstraßen werden für Jahrhunderte angelegt, die Bäume aber haben ein kurzes Leben. Ich möchte darauf hinweisen, daß gerade jetzt ein Fall passiert ist bei der Schwachhauser-Chaussée. Da mußte eine prachtvolle Pappel fallen, die dem Garten von Plate gegenüberstand, und als sie gefällt war, stellte sich heraus, daß sie vollständig hohl war und bei Sturm sehr leicht hätte brechen können. Ein paar andere Bäume sind ja auch bei einem der letzten Stürme umgeweht.

Herr Deppen: Auch ich kann mich ziemlich kurz fassen. Ich muß allerdings bekennen, daß ich gegen jede Kommissionsberatung bin. Ich glaube, die Bürgerschaft wäre auch nicht auf die Idee gekommen, wenn Herr Tebelmann ein Radfahrer und Herr Grimmenstein ein Reiter wäre. (Große Heiterkeit.) Warum der Reitweg in die Mitte der Straße gelegt werden soll, ist mir schleierhaft, und ich glaube, auch der Mehrzahl der Bürgerschaft wird das nicht klar sein. Ich will bemerken, daß ich Radfahrer bin und nebenbei auch mal meine Pferde bewege. (Heiterkeit. Zuruf: Sonntagsreiter!) Nun nehmen Sie an, ein Radfahrer kommt aus Bremen und hat das schöne Asphaltpflaster bis zum Riensberg, da ist aber die Sache zu Ende. Nun stellen Sie sich die Leute im Winter vor, da müßte der Mann, wenn Schnee liegt, sein Rad von da bis nach Horn schieben. Wäre aber überall Asphalt, so könnte er bis nach Horn fahren. Wenn man eine Abstimmung unter den Radfahrern herbeiführen wollte, so würden sich sicher die allermeisten für Asphaltpflaster erklären. Sie müssen doch zugestehen, daß die Straßen viel breiter geworden sind, und so schlimm ist der Verkehr auch nicht, daß ein Automobil hinter dem andern herfaßt. Was Herr Richter von Spredelsen für die Kommissionsberatung anführte, daß demnächst große Straßen angelegt würden, die den Verkehr der Schwachhauser-Chaussée entlasten würden, so glaube ich, daß Herr Richter von Spredelsen und ich, daß wir beide das nicht mehr erleben werden, daß die 30 m breite Straße nach Oberneuland fertig ist, für eine lange Reihe von Jahren sind wir noch nicht in der Lage, auf die Straße rechnen zu können. Ich glaube, auch insofern ist die Sache nicht für eine Kommissionsberatung geeignet, weil man sich sagen muß: Weshalb soll plötzlich die breite Straße bei der Friedhofstraße aufhören? Das geschieht doch eigentlich nur für die Radfahrer, ihre Wege wird die Breite der Chaussée um 2,50 m verringert. Das ist mir nicht plausibel, und das sollten wir ablehnen. Jetzt benutzen die Radfahrer gern die Riensbergerstraße, solange dort das Pflaster gut ist, und es ist tabellos, wenn aber die Fahrbahn auf dieser Strecke auch auf 12,5 m verbreitert und asphaltiert wird, so bin ich der festen

Ueberzeugung, daß fortan keiner der Radfahrer mehr durch den Miensberg fahren wird. Und was die Automobile anlangt, so kommen doch die Radfahrer aus der Stadt mit den überaus engen Straßen, und wenn sie da den Automobilen ausweichen können, dann müßte es ja mit dem Deubel zugehen, wenn sie das auf der breiten Schwachhauser Chaussee nicht könnten. Das will mir nicht einleuchten. Ich halte es für richtiger, die Sache im ganzen anzunehmen, und außerdem stelle ich den Antrag,

auch die Fahrstraße vom Miensberg bis zur Vahr auf 12,50 m zu bringen.

Senatskommissar Herr Senator Rassow: Herr Präsident! Ich möchte zunächst zum Antrage des Herrn Deplen erklären, daß die Baudeputation, Abteilung Straßenbau, gegen die Verbreiterung der weiteren Strecke auf 12,5 m nichts einzuwenden hat. Wir haben unsern Vorschlag nur aus wirtschaftlichen Gründen gemacht. Ich darf dabei erwähnen, daß die Mehrkosten, die dadurch entstehen würden, daß auch die Straße von der Friedhofstraße ab auf 12,5 m unter Einziehung des Radfahrwegs gebracht wird, betragen würden für die Baudeputation, Abteilung Tiefbau, Strecke Friedhofstraße bis Scharnhorststraße 3200 M., und für die Abteilung Wegbau Strecke Scharnhorststraße bis zur Horner Chaussee 12 500 M., also zusammen 15 700 M. Wenn die Bürgerschaft sich heute für die Verbreiterung auch dieser Strecke entschließt und dafür 15 700 M. bewilligt, so haben wir vom Standpunkte der Deputation aus nichts dagegen einzuwenden.

Herr Imwolde: Herr Präsident! Meine Herren! Auch wir sind mit der Verbreiterung der Schwachhauser Chaussee von 10 auf 12½ m einverstanden. Wer gegen die Verbreiterung ist, der kennt die Verkehrsverhältnisse dort nicht. Wenn hervorgehoben worden ist, daß durch neu anzulegende Straßen eine Entlastung der Schwachhauser Chaussee mit der Zeit eintreten könnte, so kann das mit der Zeit möglich werden, dann aber werden die Verkehrsverhältnisse schon bedeutend andere sein als heute, denn ich glaube, in den nächsten 15—20 Jahren wird von einer Entlastung noch nicht die Rede sein. Mit der Zeit werden aber auch die Querstraßen gebaut werden, und dann wird ein weiterer Verkehr vom schwarzen Meer, vom Hulsberg usw. nach der Schwachhauser Chaussee kommen. Der Verkehr wird also nicht entlastet werden. Nun begreife ich aber nicht, nachdem uns die Vorlage am Sonntag zugegangen ist und nachdem die Bürgerschaft kaum Zeit gehabt hat, sich mit der Vorlage zu beschäftigen, daß man die Radfahrwege aufheben will. Für die Reiter sieht man einen Reitweg von 3 m vor, die Radfahrer werden aber auf die Asphaltstraße verwiesen. Daß aber Asphaltpflaster gefährlich ist, man braucht nicht weit zu gehen, um das zu sehen, man

kann schon in der Stadt bleiben. Jeder Radfahrer wird wissen, wie schlüpfrig Asphalt bei schlechtem Wetter ist und wie leicht da einer zu Fall kommen kann. Es sollte ein Streifen für die Radfahrer eingelegt werden, es brauchen nicht 3 m zu sein wie für den Reitweg, dann würde man jedem gerecht werden. Der Verkehr auf der Schwachhauser Chaussee ist ein riesiger, besonders an den Renntagen, aber auch an Sonntagen, da sieht man eine Menge Wagen sich bewegen. Und nun verlangt man, daß die Radfahrer sich dazwischen durchschlängeln sollen. In der letzten Zeit sind schon viele Unfälle durch Automobile und Radfahrer hervorgerufen. Man kann den Verkehr der Radfahrer in der Stadt, wo man jeden Augenblick Gelegenheit hat, mit der Straßenbahn zu fahren, nicht mit dem der Radfahrer auf den Chausseen vergleichen, wo hunderte von Arbeitern, die morgens in die Stadt herein und abends wieder herausfahren, bei dem starken Wagenverkehr sich der Gefahr aussetzen, mit dem Rade zu stürzen, wo hunderte von Droschken und Automobilen verkehren. (Heiterkeit. Ohorufe.) Wenn Sie auch Oho rufen, so werden Sie doch zugeben müssen, daß es unrecht ist, den Reitern einen Reitweg von 3 m zu geben, die Radfahrer dagegen auf das Asphalt zu verweisen. Ich bin der Ansicht, daß die ganze Vorlage an eine Kommission verwiesen werden sollte, nicht allein die Straße von der Friedhofstraße bis zur Horner Chaussee, sondern auch die Strecke von der Uhländstraße bis zur Friedhofstraße, damit, wenn möglich, für die Radfahrer auch eine Fahrbahn herauskommt.

Herr Rutenberg: Vorweg möchte ich bemerken, daß ich mich in der Deputation von vornherein auf den Standpunkt gestellt habe, die Straße in gleicher Breite durchzuführen bis zur Vahrerstraße. Ich freue mich über den Antrag des Herrn Deplen. Was die Kommissionsberatung anlangt, so ist die Sache so oft beraten und hin und her gesehen, daß eine Kommissionsberatung überflüssig erscheint, höchstens könnte noch der Reitweg in Frage kommen, aber den sollte man ruhig auf der rechten Seite lassen. Was den Radfahrweg anlangt, so bin ich entgegengesetzter Ansicht wie Herr Imwolde. Herr Imwolde sagt, daß die Radfahrer auf die Straße angewiesen würden. Ich verstehe das nicht. In der Obernstraße fahren die Radfahrer doch auch auf der Fahrstraße, trotzdem dort ein kolossaler Wagenverkehr ist, und nun soll es gefährlich sein bei dieser Straßenbreite bei Asphaltpflaster, wo immer rechts gefahren wird. Ich möchte dann noch kurz auf Herrn Richter von Spreckelsen zurückkommen. Ich meine, was die Bäume anbetrifft, so wäre das schuppenstedtisch, wenn man da Rücksicht auf die Bäume nehmen wollte, weil dadurch die Straße verichmälert würde. Und was das betrifft, daß die Straße von der Friedhofstraße ab verichmälert werden soll, so ist das meiner Ansicht nach gar nicht statthaft, aus dem einfachen Grund, weil die Leute sich an die Straßenbreite gewöhnt haben,

nun auf einmal wird die Straße schmaler, da werden erst recht Kollisionen eintreten. Das wäre das Verkehrteste, was wir machen könnten. Die Bäume werden rasch wieder wachsen, wir sollten aber keine Rücksicht auf die jetzigen Bäume nehmen, da wir sonst eine Zickzackstraße erhalten würden. Ich bitte den Antrag anzunehmen, wie er gestellt ist — eine Kommissionsberatung halte ich nicht für notwendig — aber ich bitte glatt für die ganze Straße von der Uhlandstraße bis zur Bahrerstraße 12½ m festzusetzen mit Asphaltbelag und dem Reitweg an der Seite. (Schlußrufe.)

Herr Baudirektor Graepel: Herr Präsident! Meine Herren! Nur wenige Worte. Ich möchte darauf hinweisen, daß wenn man eine 12,50 m breite Fahrbahn machen will, die Errichtung eines besonderen Radfahrweges ausgeschlossen ist. In der ersten Strecke von der Uhlandstraße bis zur Friedhoffstraße können Reitweg und eine 12,50 m breite Fahrbahn zwischen den Bäumen angebracht werden, so daß wir da keine Aenderung vorzunehmen brauchen. In der übrigen Strecke könnte man die Bäume soweit auseinander schieben, daß auch noch ein Radfahrweg angelegt werden könnte, weil man die Bäume doch verpflanzen muß, es wird aber dann der verbleibende Fußweg dem Verkehr, der sich namentlich Sonntags dort entwickelt, nicht genügen. Ich möchte dringend bitten, den Gedanken, einen Radfahrweg neben dem 12,50 m breiten Fahrweg einzurichten, nicht weiter zu verfolgen, sondern darauf zu verzichten. Die Breite von 12,50 m hat den Vorteil, daß wenn ein Wagen vor einem Grundstücke hält und ein anderer Wagen ausweichen muß, er dann nicht auf das Pflaster der Straßenbahn kommt. Wenn aber die Straße nur 10 m breit sein würde, dann würde ein Ausweichen neben den Schienen unmöglich sein, es würde dann bei jedem Ausweichen das eine Rad des Wagens auf dem Asphalt und das andere auf dem Pflaster sein, das würde aber für den Verkehr unangenehm sein, schon des Geräusches wegen. Ich möchte bitten, das Profil von der Uhlandstraße bis zur Friedhoffstraße so anzunehmen, wie es vorgelegt ist. Technische Bedenken stehen gegen die Weiterführung dieses Profils nicht im Wege. Wenn wir das nicht von vornherein veranschlagt haben, so liegt das daran, daß, wenn auch die Mehrkosten für die Verbreiterung der Asphaltbahn gering sind, so doch damit zu rechnen ist, daß die Unterhaltung für Asphalt teurer ist als für Steinpflaster. Es waren lediglich wirtschaftliche Gründe, die uns veranlaßt haben, die Vorlage so zu machen, wie es geschehen ist.

Es wird Schluß beantragt.

Rednerliste: Tebelmann, Hefemeyer, Böttcher, Runoth.

Der Antrag auf Schluß wird genügend unterstützt.

Herr Runoth: Ich möchte einen Antrag stellen. Für den Fall, daß der Antrag Depken von der Friedhoffstraße bis zum Bahrerweg 12,50 m Breite zu nehmen, angenommen wird, so möchte ich, da in der Vorlage von Steinpflaster die Rede ist, zu dem Antrage das Amendement stellen, daß dieser Teil der Straße auch in Asphalt gemacht wird. (Zuruf: Ist ja beantragt.)

Herr Depken: Das ist meine Absicht gewesen.

Präsident: Herr Depken, Sie glauben das beantragt zu haben.

Herr Depken: Es ist wenigstens meine Absicht gewesen, also in derselben Weise.

Präsident: Herr Depken beantragt also, die Straße auf 12,50 m Breite und in Asphalt auszuführen.

Herr Runoth: Wenn es so aufgefaßt ist, dann ist es gut, gesagt hat er es nicht und in der Vorlage selbst steht Steinpflaster.

Präsident: Wenn es zur Abstimmung kommt, dann verstehe ich es so, daß dieser Teil so ausgebaut wird wie der vordere Teil der Chaussee.

Herr Hefemeyer: Ich wollte auch tatsächlich aufklären, daß für kleine Strecken Asphaltpflaster nicht beliebt ist, sondern daß man dafür gern lange Strecken haben will.

Es wird Schluß beantragt und angenommen.

Der Antrag Grimmenstein wird abgelehnt.

Der Antrag Hagemeyer wird abgelehnt.

Das Amendement Depken wird angenommen.

Die Senatsanträge mit dem Amendement des Herrn Depken werden angenommen.

Nr. II der Tagesordnung:

**Mitteilung des Senats vom 1. Februar 1910  
und mündlicher Bericht der Kommission:**

**5. Jahrgeldsberechtigung der Eulen- und  
Ladungs- und Schiffs- und Proviantbesichtiger  
in Bremen und Bremerhaven.**

Zur Geschäftsordnung:

Herr Garde: Es ist in letzter Zeit mehrfach vorgekommen, daß Kommissionen, welche von der Bürgerschaft niedergesetzt sind, ihren Bericht mündlich erstattet haben. Dieses kann auf die Dauer der Bürgerschaft nicht genügen, denn die Bürgerschaft hat ihre Vorversammlungen, in denen zu den auf der Tagesordnung stehenden Sachen Stellung genommen wird,

in denen diese Sachen besprochen werden. Wir sehen, wie es jetzt geschieht, häufig Ueberraschungen entgegen; wir können uns über den Bericht, der uns neu ist, gar nicht erklären, und es können dann Beschlüsse zustande kommen, denen wir nicht zustimmen können. Ich beantrage,

den Gegenstand von der Tagesordnung abzuheben, damit die Deputation uns erst ihren Bericht erstattet. (Sehr richtig!)

Ehe wir weiter in die Verhandlungen gehen, müssen wir dies erledigen.

Herr Grimmenstein: Als wir unsere Verhandlungen schlossen, habe ich der Kommission anheim gegeben, ob wir einen mündlichen oder schriftlichen Bericht erstatten wollten. Ich für meinen Teil sähe lieber, wenn wir einen schriftlichen Bericht erstatten würden. Ich habe in der Kommission abstimmen lassen, und die Kommission hat sich für einen mündlichen Bericht erklärt. Im übrigen muß ich sagen, daß ich Herrn Garde's Ansicht teile, und daß ich der letzte sein würde, der dagegen wäre, daß ein schriftlicher Bericht erfolgt.

Herr Rhein: Ich kann die Ausführungen und den Antrag von Herrn Garde nur dringend unterstützen. Für uns ist es außerordentlich schlimmer als für die meisten Herren der Bürgerschaft. Wir sind in vielen Kommissionen nicht vertreten und sind darum nicht in der Lage, Stellung zu nehmen. Nun ist die Akustik sehr schlecht, und wenn einer der Herren von der Rechten Bericht erstattet, dann ist er hier meist gar nicht zu verstehen, so daß wir mit dem besten Willen nicht auf die Sache eingehen können.

Herr Grimmenstein: Ich verweise darauf, daß diesmal alle Herren in der Kommission vertreten waren, daß also auch die Herren von der Linken in der Lage waren, über den Verlauf der Verhandlungen von ihren Freunden Bericht zu erhalten.

Herr Notar Tebelmann: Als wir am 9. Februar dieses Jahres über diesen Gegenstand hier verhandelt haben, da entschied sich die Bürgerschaft, wie die Herren sich erinnern werden, zunächst für eine Kommissionsberatung, und zwar aus dem Grunde, weil die Ansichten über die Zweckmäßigkeit des Antrages sehr auseinandergingen. Ich muß sagen, ich habe mich im höchsten Grade gewundert, daß über einen solchen Gegenstand, welcher zur Prüfung und Klarstellung der Verhältnisse der dabei in Frage kommenden Personen an eine Kommission verwiesen wurde, mündlich Bericht erstattet werden soll. Wir haben es vor einigen Wochen erlebt, daß über einen Gegenstand, über den vertraulich verhandelt wurde, ebenfalls ein mündlicher Bericht erstattet wurde, wobei die Bürgerschaft auf Vorschlag des Referenten einen Antrag, den sie vorher nicht kannte, annahm, der aber hinterher

auf Veranlassung des Senats rektifiziert werden mußte. Diese Sache kann von verschiedenen Seiten verschieden beurteilt werden, und deshalb kann die Bürgerschaft erwarten und muß verlangen, daß schriftlich Bericht erstattet wird. Sehen Sie die Verhandlung über diesen Gegenstand aus und verweisen Sie ihn an die Kommission zurück zur Erstattung eines schriftlichen Berichts; dann weiß man, was beantragt wird, was wir jetzt nicht wissen, wenn der Referent der Kommission mündlich berichtet. Der Bericht des Referenten ist vielleicht der Akustik wegen an der einen oder anderen Stelle dieses Saales nicht verständlich, dann kennen wir die Gründe nicht, welche zu dem Antrage der Kommission geführt haben.

Präsident: Der Antrag von Herrn Garde kommt zunächst zur Erledigung.

Der Antrag Garde wird angenommen.

Nr. III der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 16. Februar 1910:

#### 1. Vermehrung der Mitglieder der Staatsanwaltschaft.

Senatskommissar: Herr Senator Stadtländer.

Senatskommissar Herr Senator Stadtländer: Aus dem Berichte, welcher der Bürgerschaft zugegangen ist, ergibt sich, wie die Geschäfte bei der Staatsanwaltschaft in den letzten Jahren zugenommen haben, und daß es leider notwendig ist, die Zahl der Staatsanwälte, nachdem die Zahl der Richter vermehrt ist, auch zu vermehren. Ich glaube, ich brauche dem nichts hinzuzufügen.

Erwähnt ist weiter die Vermehrung der Arbeit der Staatsanwälte durch ihre Tätigkeit beim Jugendgerichte. Ich denke, es wird die Bürgerschaft interessieren, über diese Tätigkeit der Staatsanwälte etwas zu hören. Es liegt ein Bericht des Staatsanwalts über das erste halbe Jahr, vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 1909, vor. Daraus ergibt sich, daß in 417 Verfahren gegen 655 Jugendliche verhandelt ist. Von diesen 655 sind schließlich nur angeklagt 149. Das Ermittlungsverfahren hat sich in den übrigen Fällen auf andere Weise, im wesentlichen durch Einstellung des Verfahrens erledigt, weil nicht die nötigen Beweise vorlagen; in andern Fällen hat es eingestellt werden können, weil die nötige Einsicht von der Strafbarkeit der Handlung den Jugendlichen fehlte. Die Sachen, in denen die Einstellung erfolgte, haben der Staatsanwaltschaft natürlich fast dieselbe Arbeit gemacht, wie die übrigen, da auch in diesen Fällen genau dieselben Ermittlungen stattfinden mußten, und da von der Staatsanwaltschaft entschieden werden mußte, ob das Verfahren einzustellen oder das Gericht damit zu befaßten sei. Die Arbeit des Staats-

anwalts bei dem Jugendgerichte ist übergroß. Der Staatsanwalt hat zunächst die Personalakten der Eltern und, wenn sie vorhanden, die Armenakten zu studieren, um den Boden kennen zu lernen und die Umgebung, auf dem der junge Uebeltäter aufgewachsen ist, und um die Einflüsse zu studieren, die auf ihn gewirkt haben. Wenn das geschehen ist, setzt der Staatsanwalt das Ermittlungsverfahren fort, tunlichst nicht durch polizeiliche Hilfe, sondern mit Privathelfern, die sich dankenswerter Weise freiwillig in großer, aber noch nicht ganz ausreichender Zahl gemeldet haben. In 223 Fällen hat der Staatsanwalt allein längere Schreiben an solche Helfer richten müssen, um der Individualität des Delinquenten entsprechende Ermittlungen zu veranlassen, und die Privatpersonen haben mit ausführlichen Berichten erwidert. In jeder Woche hat eine Sitzung des Staatsanwalts und des Jugendrichters mit den Privathelfern und -helferinnen stattgefunden, um die Persönlichkeiten zu besprechen und gemeinschaftlich zu überlegen, ob weitere Ermittlungen nötig seien. Erst nachdem diese Arbeit getan ist, kann die Entschliebung des Staatsanwalts erfolgen. Die Sitzungen des Gerichts haben ebenfalls in jeder Woche einmal stattgefunden. In wievielen Fällen eine Bestrafung der Jugendlichen eingetreten ist, ist noch nicht berichtet. In den Fällen, in denen nicht die Bestrafung eingetreten ist, sondern Erziehungsmaßnahmen verfügt sind, ist selbstverständlich die gleiche Arbeit zu leisten gewesen. In manchen Fällen der Bestrafung tritt Empfehlung der sogenannten bedingten Begnadigung ein, d. h. Aussetzung der Strafvollstreckung, wenn man sich noch davon Erfolge verspricht. Sie sehen aus diesen wenigen Mitteilungen, daß die Arbeit der Jugendgerichte eine sehr erhebliche ist. Ueber den Erfolg kann noch nichts gesagt werden. Es wird eines längeren Zeitraumes bedürfen, bis festgestellt werden kann, welchen Erfolg die Jugendgerichte in der Strafrechtspflege erzielen. Zu hoffen ist aber, daß die Individualisierung bei der Behandlung der jugendlichen Uebeltäter und die genaue Prüfung in jedem Falle, ob mit Erziehungsmaßnahmen durchzukommen ist oder ob der Arm der Gerechtigkeit niedersinken muß, durch die Jugendgerichte der Refrutierung des Verbrechertums aus der Jugend wenigstens einigen Abbruch tun wird, und daß dahin die neue Mühe und Arbeit der Beamten sich lohnen und die Aufwendung von Staatsmitteln, die ich von Ihnen erbitte, eine nützliche sein wird.

Herr Notar Tebelmann: Ueber die Notwendigkeit der Schaffung einer weiteren Stelle für die hiesige Staatsanwaltschaft gibt die Mitteilung des Senats die nötige Auskunft. Ganz abgesehen von der Einrichtung des Jugendgerichts, die Herr Senator Stadtländer klargelegt hat, und welche auch eine Vermehrung der Arbeiten der Staatsanwaltschaft im Gefolge hat, glaube ich, daß die neue Stelle erforderlich ist nach

den Angaben, die in der Mitteilung des Senats niedergelegt sind. Ich erkläre mich deshalb für den Antrag. Bei dieser Gelegenheit möchte ich einen Wunsch zum Ausdruck bringen, und der geht dahin, daß bei der Besetzung von Richter- und Staatsanwaltschaften tunlichst hiesige Juristen berücksichtigt werden. Bei der letzten Richterwahl haben wir einen hiesigen und einen auswärtigen Herrn gewählt. Dabei mag man gewichtige Gründe gehabt haben, aber aufgefallen ist es. Vielleicht waren die hiesigen Bewerber noch zu jung, aber das ist eine Eigenschaft, ein Fehler, der sich mit jedem Tage bessert. Nun möchte ich dringend bitten, daß bei der Besetzung dieser Staatsanwaltschaften, wenn irgend möglich, ein Bremer Jurist berücksichtigt wird. Wir haben in der nächsten Zeit zwölf oder mehr Referendare, die in die Anwaltspraxis eintreten werden. Der hiesige Juristenstand vermehrt sich von Jahr zu Jahr. Es ist mir nicht bekannt, daß ein Bremer Jurist auswärts bei irgend einer Stelle berücksichtigt wurde, deshalb sehe ich nicht ein, daß wir unsere Stellen mit auswärtigen Juristen besetzen, sofern hiesige geeignete und qualifizierte Bewerber dafür vorhanden sind. Daher möchte ich wünschen, daß wenn irgend tunlich hiesige Bewerber für derartige Stellen berücksichtigt werden möchten.

Herr Garde: Ich stimme dem Wunsche des Herrn Tebelmann in jeder Richtung bei, daß wir auswärtige Kräfte, wenn sich gleichbefähigte hiesige Bewerber melden, möglichst fern halten. Bei der letzten Richterwahl war es nicht anders möglich, weil nur ein bremischer Bewerber sich gemeldet hatte und die andern auswärtigen Bewerber waren. Mit der getroffenen Wahl können wir zufrieden sein. Es kann uns eigentlich mit Bedauern erfüllen, daß wir heute vor der Bewilligung des siebenten Staatsanwalts stehen. Sie erinnern sich der Kämpfe, die sich bei der Bewilligung des dritten, vierten und fünften Staatsanwalts entwickelten. Wir sollen jetzt den siebenten bewilligen. Der Bericht des Senats als auch die dort angeführten Zahlen, die eigentlich an sich nicht maßgebend sind — Zahlen beweisen, aber wie entstehen sie? — muß uns doch als Beweis dafür dienen, daß durch die Vergrößerung Bremens und wegen der neuen sozialen Aufgaben bezüglich der Jugendgerichte es nicht möglich ist, um die Anstellung wegzukommen, und stimme ich daher der Vorlage zu und bitte Sie ebenfalls, dem Antrage des Senats gemäß zu beschließen.

Herr Hefemeyer: Ich kann verzichten; ich wollte dasselbe wegen der Richterwahl sagen, was Herr Garde hinzugefügt hat.

Herr Heinken: Ich könnte verzichten; ich wollte nur den Wunsch zu erkennen geben, daß die ganze Bürgererschaft wohl auf dem Standpunkt steht, wie Herr Tebelmann und daß sie ihm beipflichtet. Aber

hier ist es nicht anders zu machen, wie es gemacht ist. Es hatte sich nur ein Bremer gemeldet. Ich möchte den Wunsch, dem Herr Notar Tebelmann Ausdruck gegeben hat, noch etwas erweitern, daß bei andern Bakanzgen auch möglichst auf Bremer Rücksicht genommen wird.

Senatskommissar Herr Senator Stadtländer: Ich stimme mit Herrn Tebelmann und Herrn Garde darin überein, daß tunlichst Bremer gewählt werden. Herr Tebelmann hat dem Ausdruck gegeben und Herr Garde hat hinzugefügt: wenn die Bremer dem auswärtigen Bewerber gleichwertig seien. Dieser Zusatz ist wohl notwendig, wenn er auch nicht streng befolgt wird, sondern Bremer manchmal auch dann gewählt sind, wenn ein auswärtiger Bewerber vielleicht etwas besser war. Von dieser Praxis ist, soweit mir bekannt, niemals abgewichen. Bei der letzten Richterwahl war nur ein hiesiger Bewerber da, der gewählt ist. Mit dem ferner gewählten auswärtigen Herrn glauben wir eine vortreffliche Akquisition gemacht zu haben.

Der Antrag wird angenommen.

## 2. Inventar für das Städtische Museum.

Herr Ed. Achelis: Die Baudeputation bittet um die Bewilligung weiterer 50 000 M. Ich beziehe mich auf den dritten Satz im dritten Absatz des Berichts:

Die Baudeputation ist auch jetzt wieder außerstande, genau anzugeben, wie die erbetenen 50 000 M. im einzelnen verwendet werden sollen, und bittet, der Leitung des Museums abermals ein Vertrauensvotum hinsichtlich der Verwendung zu erteilen.

Herr Feuß: Mir ist folgender Brief von Herrn Direktor Schauinsland zugegangen, den ich zur Verlesung bringen möchte:

In der Annahme, daß morgen in der Bürgerschaft vielleicht die Rede darauf kommen könnte, erlaube ich mir Ihnen ergebenst mitzuteilen, daß ich nach wie vor an meinem Versprechen festhalte, die Aufstellungsarbeiten im Laufe eines Jahres zu bewältigen.

Wir können aber nach wie vor noch nicht absehen, wann wir mit diesen Arbeiten werden beginnen können (einige größere Einbauten sowie das Aufstellen leerer Schränke ausgenommen). Es handelt sich bei diesen um das Auspacken und freie Lagern von tausenden kleiner, oft wertvoller Gegenstände. Es ist selbstverständlich, daß hiermit nicht früher vorgegangen werden kann, als bis uns die Räume insgesamt so zur Verfügung gestellt worden sind, daß kein fremder Bauhandwerker mehr zum Museum Zutritt hat.

Die Fertigstellung des Gebäudes war uns ursprünglich spätestens für den Herbst 1909 in Aussicht gestellt; da es aber vorläufig noch gar nicht abzu sehen

ist, wann sie wirklich erfolgen wird, so läßt es sich fast mit Bestimmtheit sagen, daß der Sommer 1911 herankommen wird, bevor es möglich wäre, das Museum für das Publikum wieder zu öffnen.

In einem zweiten Schreiben, das das erste ergänzt, heißt es:

In Ergänzung meines gestrigen Briefes möchte ich noch folgendes hinzufügen:

Der Lichthof zum Beispiel ist immer noch nicht fertig. Der Fahrstuhl sollte im Oktober 1909 angeliefert werden, ist heute und für absehbare Zeit aber immer noch nicht betriebsfähig. Schränke, die wir bereits vor Monaten besprochen, und deren Zeichnungen mir Mitte Dezember vorlagen, sind bis heute noch nicht zur Submission gekommen. Alle meine Bemühungen, auch durch die Behörde, die Bautätigkeit zu beschleunigen, sind fast ergebnislos. Wir sind der Bauleitung gegenüber hierin machtlos.

Ich möchte einen Herrn vom Hochbau bitten, sich zu diesem Schreiben zu äußern und behalte mir weiteres vor.

Herr Ed. Achelis: Herr Präsident! Meine Herren! Die Ausführungen von Herrn Professor Schauinsland, die mir Herr Feuß vorhin mitgeteilt hat, haben mich einigermaßen überrascht, das kann ich nicht leugnen. (Zuruf: Uns auch!) Allerdings ist nicht abzuleugnen, daß sowohl die Baudeputation wie die Bevölkerung im allgemeinen geglaubt haben, daß das Museum früher fertig werden würde, als es fertig werden wird. Die Gründe hierfür liegen in verschiedenen Sachen, vor allem in der Ausgestaltung des inneren Lichthofes. Es haben längere Zeit Verhandlungen über das Projekt geschwebt; zunächst war davon die Rede, den Lichthof mit Marmor auszukleiden, was von der Baudeputation abgelehnt wurde. Wir haben uns später mit der Behörde über eine andere Art der Verkleidung geeinigt. Im Lichthof sind übrigens von Herrn Professor Schauinsland schon mehrere Ausstellungsschränke aufgestellt. Die obere Etage ist vollständig fertig. Der Aufzug wird meines Wissens — ich war in den letzten acht Tagen nicht da — in Kürze benutzbar sein. Jedenfalls kann der Umstand, daß der Aufzug nicht fertig ist, nicht hinderlich sein, an die Einrichtung zu gehen. Die Museums-schränke sind aber die Hauptsache, und da stehen die Ausführungen des Herrn Professor Schauinsland in direktem Widerspruch mit den Mitteilungen, welche uns von der Bauleitung zugegangen sind. Meine Kollegen aus der Baukonferenz werden mir bestätigen, daß von der Hochbauinspektion noch vor wenigen Tagen berichtet worden ist, daß die Bauleitung fortgesetzt darauf warte, daß ihr von Herrn Professor Schauinsland die Dimensionen der Ausstellungsschränke gegeben würden. Diese Ausstellungsschränke sind nämlich in ihrer Größe sehr verschieden, je nach dem Ausstellungsobjekt, und aus dieser Verschiedenheit erklären sich auch

zum Teil die verhältnismäßig großen Kosten der Schränke. Die Hochbauinspektion hat die Angaben über die Dimensionen von der Museumsleitung zu erwarten, und diese Angaben sind, wie uns von der Hochbauinspektion mehrfach mitgeteilt wurde, ihr entweder nur sehr langsam oder unvollständig zugegangen, so daß die Hochbauinspektion, soweit uns bekannt ist, die Schuld an der Verzögerung dieser Sache dem Leiter des Museums zuschiebt. Nicht zu verstehen ist, daß die Museumsleitung mit der Aufstellung nicht eher beginnen will, als bis sämtliche Handwerker heraus sind: denn wenn die Schränke hineingebracht werden, werden auch Handwerker da sein müssen. Wir haben in der Deputation häufig darüber geklagt, daß das Gebäude nicht rascher fertig würde. Ich glaube auch selbst, daß die Hochbauinspektion eine gewisse Schuld für die langsame Beendigung des Baues trifft, aber nicht insoweit, als es die Schränke angeht. Um eine einwandfreie Beantwortung des Briefes von Herrn Professor Schauinsland herbeizuführen, möchte ich Herrn Feuß ersuchen, einen Antrag zu stellen, dahingehend, daß der Senat die Baudeputation zu einem schleunigen Bericht auffordert über diese Angelegenheit mit spezieller Grundlage der Briefe des Herrn Professor Schauinsland. Ich bitte Herrn Feuß, den Antrag zu stellen, und hoffe, daß die Bürgererschaft den Antrag annehmen wird.

Herr Hefemeyer: Auch ich muß mein tiefstes Bedauern aussprechen im Namen des Fremdenverkehrsvereins in Bremen, daß der Bau so langsam fortschreitet. Im Fremdenverkehrsverein erzählt man sich, daß, wenn Fremde kommen, ihnen der Hoteldiener sagt: „Gehen Sie nach dem Markt, da haben Sie alles,“ und dann können Sie wieder abreißen. (Heiterkeit.) Es ist zu bedauern, daß wir das wunderschöne Museum so lange entbehren müssen, und ich möchte den Herrn Rechnungsführer bitten, daß mit Hochdruck gearbeitet werde.

Herr Leymann: Ich kann bestätigen, was Herr Achelis vorgetragen hat. Wir haben seitens der Konferenz der Baudeputation nicht einmal, ich möchte sagen ein halbes Duzendmal immer wieder angefragt: Wie kommt es, daß es mit dem Bau des Museums nicht weiter kommt? Es wurde uns die Antwort: Ja, wir können nicht weiter, wir sitzen an allen Ecken und Enden fest. Bei der letzten Tagung hat Herr Bauinspektor Knop auf Anfrage ausgeführt, Herr Professor Schauinsland räume nicht, da könnten sie nicht vorwärts kommen. Deshalb möchte ich bitten, den gestellten Antrag anzunehmen, daß endlich Klarheit geschaffen wird: wer hat Schuld, daß der Museumsbau solange hingezögert wird? Daß eine Verzögerung stattfindet, kann jeder Laie ohne weiteres sehen, dazu braucht man keinen Sachverständigen. Der Bau hätte längst fertig sein können. An wem die Schuld liegt, darüber müssen wir uns klar werden, und darum müssen wir einen offiziellen Bericht fordern.

Herr Rutenberg: Herr Präsident! Meine Herren! Ich möchte dringend bitten, den Antrag des Herrn Achelis anzunehmen. Ich bedauere, daß Herr Professor Schauinsland in dieser Weise an die Bürgererschaft herantreten ist. Einseitig dürfen wir nicht vorgehen, man soll beide Seiten hören.

Herr Feuß: Seitens der Behörde für das Museum ist immer und immer wieder auf Beschleunigung des Baues gedrängt worden, das kann ich nur bestätigen. Wenn Herr Professor Schauinsland schließlich diesen Weg gewählt hat, so müssen wir bedenken, daß der Direktor des Museums am meisten dabei interessiert ist, daß der Bau endlich fertig wird, damit Herr Professor Schauinsland sein Versprechen betreffs der Wiedereröffnung des Museums einlösen kann. Im übrigen hatte ich mir bereits vorgenommen, einen entsprechenden Antrag zu stellen, da ich der Meinung bin, daß hier unbedingt Klarheit geschaffen werden muß. (Sehr richtig!) Ich erlaube mir folgenden Antrag zu stellen:

Die Bürgererschaft ersucht den Senat, die Baudeputation, Abteilung Hochbau, mit einem schleunigen Berichte über die Gründe der Verzögerung des Umbaues des Städtischen Museums zu beauftragen.

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Herr Bruns: Herr Präsident! Meine Herren! Es ist bedauerlich, daß eine solche Mitteilung überhaupt kommen kann, aber nach meiner Ansicht liegt der Krebszschaden anderswo. Man muß nicht vergessen, daß es durch die Neuorganisation des Bauwesens dahin gekommen ist, daß die Bauinspektion II sehr mit Arbeiten überlastet ist, da sie augenblicklich drei Volksschulen, den Neubau der Feuerwache, den Erweiterungsbau des Museums, den Neubau des Stadthauses, den Neubau des großen Krankenhauses in Grambke und den Bau der Gefängnisse in Bremerhaven und Bremen zu bearbeiten hat. Dagegen hat die Bauinspektion I nur die Krankenhäuser und die Ergänzungsarbeiten in Ellen und, wenn ich mich recht erinnere, in Gemeinschaft mit den Erleuchtungs- und Wasserwerken die Erweiterungsbauten auf der Gasanstalt. (Zuruf: Ratscafé!) Für den Bau des Ratscafés ist ein Privatarchitekt da. Ich möchte die Baudeputation bitten, dem Gedanken näher zu treten, daß für einzelne Arbeiten Privatarchitekten mehr herangezogen werden. Es ist unmöglich von einem Beamten, wie dem Vorstand der Bauinspektion II zu verlangen, daß er die Sachen so übersieht, wie es im Interesse des Staates liegt. Ich bitte, den Antrag Feuß anzunehmen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich meiner Verwunderung darüber Ausdruck geben, daß die Arbeiten für das neue Krankenhaus in Grambke, anstatt von der Bauinspektion I, von der Bauinspektion II bearbeitet werden. Es wäre richtiger, nach dem Grundsatz zu verfahren, für diese Arbeiten nicht etwa neue Beamten

heranzuziehen, sondern diejenigen, die bisher diese Arbeiten ausgeführt haben, wieder mit denselben zu betrauen.

Herr Feuß: Es könnte zweifelhaft erscheinen, ob durch Annahme meines Antrages die Bewilligung der 50 000 M. in Frage gestellt sei. Ich wollte ausdrücklich erklären, daß ich das nicht beabsichtigt habe, sondern wünsche, daß die 50 000 M. bewilligt werden, und ich glaube, die Bürgererschaft wird derselben Ansicht sein.

Der Antrag der Deputation wird angenommen.

Der Antrag Feuß wird angenommen.

Nr. IV der Tagesordnung:

#### Ergänzung der Baudeputation durch Klasse I.

Wahlaussatz des Bürgeramts:

1. Dr. Gildemeister, 2. Richter v. Spreckelsen.

Gewählt wird Herr Dr. Gildemeister.

Nr. V der Tagesordnung:

#### Mitteilung des Senats vom 18. Februar 1910:

##### 2. Antrag des Bürgeramts, betreffend die Eingabe von J. Bruns und Genossen.

(Dazu Antrag auf Niederlegung einer Deputation zur Revision des Gesetzes, betreffend die Gewerbekammer.)

Die Bürgererschaft beschließt die Niederlegung einer Deputation, der aus der Bürgererschaft 14 Mitglieder angehören sollen, zur Revision des Gesetzes, betreffend die Gewerbekammer vom 27. April 1906.

Sie ersucht den Senat, diesem Beschlusse beizutreten.

Herr Dr. Quidde: Herr Präsident! Meine Herren! Es ist nicht meine Absicht, in der eigentlichen Angelegenheit Bruns Stellung zu nehmen. Ich glaube, die Bürgererschaft hat sich mit der Angelegenheit Bruns mehr als genug beschäftigt, (Sehr richtig!) und, nachdem dem Beschwerdeführer durch die höchste Instanz, den Senat, sein Recht geworden ist, liegt kein Anlaß für uns vor, nochmals auf die Angelegenheit einzugehen.

Herr Präsident! Meine Herren! Ich möchte die Aufmerksamkeit der Bürgererschaft nur darauf lenken, daß mehrere Bestimmungen des Gewerbekammergesetzes unrichtig angewandt worden sind und daß es deshalb erforderlich ist, diese Bestimmungen so klar zu fassen, daß sie künftig richtig verstanden werden müssen. Denn wenn auch die jetzigen Mitglieder der Gewerbekammer und des Gewerbekonvents jetzt im klaren über die Bedeutung dieser Bestimmungen sind, so könnte es sich doch leicht ereignen, daß künftig andere Herren wieder

zu einer unrichtigen Auffassung über die Bestimmungen kämen. Zweck meines Antrages ist, dieses zu verhüten. Außerdem sind verschiedene Bestimmungen in dem Gewerbekammergesetze, die zwar richtig angewandt, aber meines Erachtens änderungsbedürftig sind.

Zunächst muß meines Erachtens klar zum Ausdruck gebracht werden, daß die Bestimmung des § 20, wonach die Anträge von Mitgliedern motiviert eingebracht werden müssen, auch Anwendung findet auf § 14, der von der Ausschließung eines Mitgliedes handelt. Es ist dabei zu erwägen, ob nicht in § 14 eine Bestimmung aufzunehmen ist, durch die gesagt wird, daß ein motivierter Antrag im Sinne des § 14 nur ein solcher ist, der die Tatsachen oder Unterlassungen aufführt, die die Ausschließung rechtfertigen sollen.

Sodann ist meiner Ansicht nach § 14, Absatz 2, zu ändern. § 14, Absatz 2, ordnet an, daß dem Beteiligten, das heißt demjenigen, gegen den ein Ausschließungsantrag vorliegt, durch die Gewerbekammer hiervon sofort Kenntnis zu geben ist. Aus dem weiteren Inhalt des § 14, in dem ausgeführt ist, daß der Beteiligte sich entschließen soll, ob er freiwillig ausscheiden will, und daß der Auszuschließende das Recht hat, sich bei der Verhandlung über den Antrag durch ein anderes Mitglied vertreten zu lassen, in Verbindung mit der Bestimmung in § 20, daß Anträge motiviert einzureichen sind, ergibt sich meines Erachtens als selbstverständlich, daß nicht nur der Antrag, sondern auch seine Motivierung dem Auszuschließenden mitzuteilen ist. Aus dem Bescheide des Senats, der neulich in den Bremer Nachrichten veröffentlicht ist, ist zu ersehen, daß hierüber Zweifel bestanden; es muß das darum in dem Gesetz zum Ausdruck gebracht werden.

Dann ist meines Erachtens § 18, Absatz 2, zu ändern. § 18, Absatz 2, bestimmt:

„Jedes Mitglied wird zu der Versammlung mindestens drei Tage vorher besonders und schriftlich geladen.“

Meines Erachtens ist es erforderlich, daß da die Bestimmung aufgenommen wird, daß mit der Ladung auch die genaue Tagesordnung mitzuteilen ist.

Ferner ist in § 18, Absatz 3, wo es heißt:

„Die Tagesordnung wird öffentlich bekannt gemacht“

klarzustellen, daß sich dies auf alle Tagesordnungen bezieht, sowohl für die öffentlichen wie für die geheimen Sitzungen. Ich lasse es dahingestellt, ob es erforderlich ist, in § 18 eine Bestimmung aufzunehmen, wonach die Tagesordnung für den Gewerbekonvent nicht von dem Vorsitz der Gewerbekammer, sondern von der Gewerbekammer selbst festzustellen ist. Das ist so selbstverständlich, daß man wohl von einer solchen Bestimmung absehen kann. (Herr Lehmann: Trotzdem!)

Dagegen halte ich es für außerordentlich wichtig und notwendig, daß der letzte Satz des § 14 Absatz 3 geändert wird. Hier wird bestimmt, daß die Ver-

handlung und die Beschlussfassung über eine Ausschließung in geheimer Sitzung erfolgt. Herr Präsident! Meine Herren! Es ist meines Erachtens das gute Recht eines jeden Angeklagten, zu verlangen, daß er in öffentlicher Sitzung abgeurteilt wird (Sehr richtig!), sofern nicht die öffentliche Verhandlung eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung oder der Sittlichkeit besorgen läßt. Ich kann nicht einsehen, warum ein Gewerbetonventsmitglied, das ausgeschlossen werden soll, schlechter behandelt werden soll als ein Angeklagter. Die Ausschließung, also die Ausstoßung aus dem Kreise der Kollegen, welche das Mitglied in der öffentlichen Meinung herabsetzen muß, kann dieses Mitglied sehr viel härter treffen als einen Angeklagten die Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe, von einer Verurteilung zu einer Geldstrafe gar nicht zu reden. Meines Erachtens muß einem Gewerbetonventsmitgliede, gegen das ein Ausschließungsantrag vorliegt, das Recht gegeben werden, sich in öffentlicher Sitzung aburteilen zu lassen. Es hat Anspruch darauf, daß die Öffentlichkeit sich ein Urteil darüber bilden kann, ob das Mitglied sich derartig verhalten hat, daß es aus dem Kreise seiner Kollegen ausgestoßen werden muß. (Bravo!)

Nun habe ich mir gesagt, daß es doch höchst seltsam ist, daß sich diese Bestimmung des § 14 Absatz 3 letzter Satz in dem Gewerbekammergesetz findet. Ich habe gefunden, daß diese Bestimmung einfach aus dem Gesetz von 1849 unverändert herübergenommen ist in die Gesetze von 1854, 1863, 1875 und 1906. Die Erklärung hierfür ist wohl die, daß die Bestimmung entweder gar nicht angewandt ist, oder daß in dem einzelnen Anwendungsfalle die Sache so lag, daß schlechterdings in geheimer Sitzung verhandelt werden mußte. Ich glaube, auch diejenigen von Ihnen, die augenblicklich nicht geneigt sind, zu sagen: Es muß öffentlich verhandelt werden, werden mir recht geben, daß das ein Punkt ist, der in der Deputation beraten werden muß.

Es sind vielleicht auch noch andere Paragraphen zu ändern. Ich denke an § 34. In den §§ 2—4 des Gewerbekammergesetzes ist bestimmt, daß die Konventsmitglieder von der Abteilung der Handwerke und die von der Abteilung der Fabrikbetriebe getrennt gewählt werden. Ebenso bestimmt § 22, daß die Gewerbekammermitglieder teils von der Abteilung der Handwerker, teils von der Abteilung der Fabrikbetriebe zu wählen sind. Dagegen hat nach § 34 bei der Ausschließung die Majorität der anwesenden Konventsmitglieder zu entscheiden. Es kann also ein Mitglied des Gewerbetonvents, das in der Industrieabteilung gewählt ist, gegen den Willen seiner sämtlichen Wähler durch eine Majorität, die sich aus der anderen Abteilung, der der Handwerke, zusammensetzt, ausgeschlossen werden aus dem Gewerbetonvent und zugleich aus der Gewerbekammer, weil nach § 24 Abs. 2 jedes Mitglied, das aufhört, Mitglied des Gewerbetonvents

zu sein, auch aufhört, der Gewerbekammer anzugehören. Meiner Ansicht nach ist — auch § 24 Abs. 1 ist zu beachten — eine Ausschließung nur gerechtfertigt, wenn die Majorität beider Abteilungen die Ausschließung beschließt.

Ich bitte Sie, aus den angeführten Gründen meinen Antrag auf Niederlegung einer Deputation anzunehmen.

Herr Dr. Michaelis: Herr Präsident! Meine Herren! Im Bürgeramt hat Herr Dr. Quidde meines Wissens seinen Antrag ein klein wenig anders begründet. Er hat darauf hingewiesen, daß doch Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung, bezw. die Auslegung der betreffenden Paragraphen beständen. Von diesem Standpunkte aus könnte ich mich, und ich glaube im Sinne der Vertreter der dritten Klasse zu sprechen, einverstanden erklären, daß man in eine Revision des Gewerbekammergesetzes eintritt. Denn zweifellos ist das noch immer eine Streitfrage, ob die Paragraphen richtig angewandt sind oder nicht. Der Senat hat auch nur eine juristische Meinung, aber wir sind unterrichtet darüber, daß die Meinung im allgemeinen und auch in Kreisen der Juristen vielfach auch eine andere ist, und ich kann noch hinzufügen, daß ich mit einigen hohen Juristen konferiert habe, die eine andere Meinung haben. Es bleibt also eine offene Streitfrage und es wird eine Streitfrage bleiben, ob diese Paragraphen richtig angewandt sind. Deshalb bin auch ich dafür, daß eine Revision stattfindet, um alle Unklarheiten, die sich aus diesen Paragraphen ergeben können, zu beseitigen. Damit sage ich nicht, daß ich mich mit den Ausführungen des Herrn Dr. Quidde einverstanden erklären könnte. So gibt Herr Dr. Quidde z. B. jetzt der Deputation mit auf den Weg: sie möge in § 14 Abs. 3 die Geheimhaltung streichen. Das will sagen: Wenn man in den § 14 die Motivierung hineinbringt für solche Anträge, so wird die Geheimhaltung mit der Motivierung durchbrochen oder gar unmöglich. Ich könnte eine Reihe schwerwiegender Punkte anführen, aus denen ich beweisen könnte, daß gerade diese Paragraphen 14, 18 und 20 des Gewerbekammergesetzes anscheinend vom Gesetzgeber so gedacht worden sind, wie sie jetzt dem Wortlaute nach bestehen. Ich möchte auch hinweisen auf das Handelskammergesetz, das Gesetz, betreffend die Bürgerchaftswahlen und den Eintritt in die bezw. den Austritt aus der Bürgerchaft, auf das Gesetz, betreffend die Landwirtschaftskammer, wo sich ganz ähnliche Bestimmungen, wie im Gewerbekammergesetze finden, über die auch Meinungsverschiedenheiten entstehen können. Und ich mache darauf aufmerksam, daß, wenn man eine Revision des Gewerbekammergesetzes für nötig hält, die Deputation auch nicht daran vorüber kann, das Gesetz über die Handelskammer, das Gesetz über die Bürgerchaft und das Gesetz über die Landwirtschaftskammer zu prüfen, da

in diesen sämtlichen Gesetzen auch nichts über das Verfahren bestimmt ist betreffs eines Ausschlußantrages, es ist dort ebenfalls nicht eine ausreichende Anordnung getroffen, ob ein solcher Antrag motiviert sein muß oder nicht. Man wird also nicht vorbei kommen, wenn man das Gewerbekammergesetz revidiert, auch die anderen Gesetze, die mit dem Gewerbekammergesetz am 2. April 1849 publiziert sind, zu revidieren.

Präsident: Wir nehmen den Bericht des Senats dankend entgegen.

Der Antrag Dr. Quidde wird angenommen.

### 3. Spezialbudget Nr. 103. Zollausschlußgebiet und Holz- und Fabrikenhafen.

Der Antrag wird angenommen.

Nr. VI der Tagesordnung:

#### Antrag, betreffend Deputation wegen Beseitigung von Gängen und Höfen.

Herr Schütte: Am 23. März 1906 kam der Bericht der Kommission wegen Beseitigung der Gänge und Höfe. Die Kommission beantragte:

1. Die Bürgerschaft erachtet für erforderlich, daß baldigst eine Wohnungsinspektion geschaffen wird.
2. Sie beschließt, eine Deputation wegen Beseitigung von Gängen und Höfen sowie gesundheitschädlichen Wohnungen einzusetzen, der aus der Bürgerschaft zwölf Mitglieder angehören sollen.

Die Bürgerschaft hat — Ende März 1906, glaube ich, war es —, diesen Antrag der Kommission zum Beschluß erhoben. Der Senat hat in diesen vier Jahren nichts von sich hören lassen. Deshalb beantragen wir jetzt, diesem Beschlusse, daß eine Extradeputation ernannt werden soll, fallen zu lassen, und dies hauptsächlich aus dem Grunde, weil dieser Antrag in der Deputation für die Stadterweiterung am besten aufgehoben wird. Bei allen Anträgen auf An- und Umbau wird auf die Gänge und Höfe geachtet. Es bleibt natürlich jedem Mitgliede der Bürgerschaft und jedem anderen offen, der Deputation Anzeige zu machen von solchen Uebelständen, die nach ihrer Ansicht vorliegen, damit sie geprüft werden. Ich glaube, der Senat wird diesen Antrag gern annehmen, denn er kommt so sehr glimpflich aus dieser Affaire, die ihm wahrscheinlich nicht willkommen gewesen ist, eine neue Deputation zu errichten. Ehe die Kommission diesen Beschluß faßte, ernannte sie aus ihrer Mitte fünf oder sechs Herren, welche sich der großen Mühe unterzogen, diese Gänge und Höfe in der Altstadt, im Stephanierviertel und in der übrigen Altstadt zu besichtigen. Diese Herren haben sich dieser Aufgabe gern unterzogen, obwohl ihre Zeit sehr knapp war, denn sie brauchen sie natürlich für ihre eigenen Arbeiten.

Trotzdem haben wir es gern getan, denn wir sagten uns, daß dieser Beschluß, den wir gefaßt hatten, mit der Einsetzung der Wohnungsinspektion sehr unseren ärmeren Bürgern nützen könne. Es würden, wenn nichts anderes, so doch ihre Wohnungsverhältnisse geändert. Wenn wir in der Bürgerschaft in der Weise tätig sind und arbeiten, so ist es ein außerordentlich deprimierendes Gefühl, wenn der Senat diesen Beschluß einfach wegwerfend behandelt. Ich meine, derartiges dürfen wir uns nicht gefallen lassen; wir müssen gegen eine solche Behandlung der Bürgerschaft Front machen. Ich kenne nicht den Geschäftsgang im Bürgeramte, ich möchte aber anregen, ob es nicht angeht, daß das Bürgeramt unsern Archivar anweist, in regelmäßigen Zwischenräumen — sagen wir mindestens vierteljährlich — alle die Sachen dem Bürgeramte aufzugeben, die zwischen Senat und Bürgerschaft hängen geblieben sind, daß er darauf aufmerksam macht; und das Bürgeramt entscheidet dann, ob in einigen Fällen nicht vorgegangen werden kann durch Mitteilung an den Senat durch unsern Herrn Präsidenten. Wenn eine solche Einrichtung getroffen wird, dann würde es unmöglich sein, daß Sachen, wie die jetzige und wie neulich mit der Wohnungsinspektion vorkommen. Es dürfte vielleicht ferner erwünscht sein, daß der Archivar auch im weiteren Angelegenheiten der Bürgerschaft unter Kontrolle behält und darauf achtet, ob verschiedene Kommissionen vielleicht sanft entschlafen sind oder warum sie nicht in Tätigkeit sind. Ich gehöre der Kommission an, die sich mit der Errichtung der Markthallen zu beschäftigen hat. Wir sind vor Jahren einmal zusammengetreten. Seit Jahr und Tag ist unser Vorsitzer ausgetreten. Jetzt sind wir führerlos, und niemand von uns fühlt sich berufen, uns zusammenzurufen. Es könnte durch den Archivar eine Kontrolle geübt und durch den Präsidenten jemand aufgefordert werden, die Sache weiter zu leiten. Ich glaube, der Herr Präsident wird wohl dieser Frage näher treten. Der Bürgerschaft würde dadurch ein großer Dienst erwiesen. Ich bitte, so zu verfahren.

Präsident: Ich will dem gerne Folge leisten, bemerke aber, daß jedes Mitglied der Bürgerschaft im Anfang eines jeden Jahres eine vollständige Aufzählung der zurückgebliebenen Sachen erhält; und wenn es so dringend ist, wie Herr Schütte es hingestellt hat, so wäre es im Laufe der Jahre möglich gewesen, daran zu erinnern. So lange ich Mitglied der Bürgerschaft bin, hat noch niemals ein Mitglied in bezug auf die Aufstellung, die ihm zugestellt ist, etwas gesagt.

Herr Schütte: Ich habe diesen Wackzetteln mitgebracht. Darüber würde ich auch klagen und bitte die Herren des Bürgeramts, daß diese Sache gefördert wird. Hier stehen verschiedene Sachen, die längst erledigt sind. Aber setzen Sie einen Abend an, wo wir darüber sprechen können, dann kommen wir weiter.

Es läßt sich vielleicht bessern, wenn man sich die Zeit dazu nimmt, das genau zu überlegen. Ich habe das Vertrauen zu dem Herrn Präsidenten, daß darin Wandel geschaffen wird.

Präsident: Ich habe vorhin vergessen, den Antrag Schütte zu verlesen. Er lautet:

Nachdem als einheitliche Instanz für Bebauungsfragen die Deputation für die Stadterweiterung eingesetzt ist, tritt die Bürgererschaft von ihrem Beschluß vom 31. März 1906, betreffend Einsetzung einer Deputation wegen Beseitigung von Gängen und Höfen sowie gesundheitschädlichen Wohnungen zurück und ersucht den Senat nunmehr, der Deputation für die Stadterweiterung die Angelegenheit zur Bearbeitung zu überweisen.

Herr Henke: Wir verkennen durchaus nicht die gute Absicht, die Herrn Schütte geleitet hat, aber wir glauben, daß das nicht durch den Antrag erreicht wird, was erreicht würde, wenn dem Antrage, den die Kommission gestellt hat, durch den Senat stattgegeben worden wäre. Ich bin der Meinung, daß die Deputation für die Stadterweiterung diese spezielle Frage nicht zu unserer Zufriedenheit behandeln kann, die hat weitergehende Fragen zu erledigen, als eine solche spezielle Frage, die ein Teil der Wohnungsfrage ist. Es handelt sich um die Einrichtung der Wohnungsinspektion und um die Beseitigung gesundheitschädlicher Wohnungen in den Gängen. Herr Schütte hat schon erwähnt, daß von der Kommission eine größere Anzahl von Gangwohnungen besichtigt worden sind. Es hat sich dabei herausgestellt, daß es auch in Bremen, das im allgemeinen bis vor wenigen Jahren gute Wohnungsverhältnisse hatte, schlechte Arbeiterwohnungen gibt. Die Schlechtigkeit der Arbeiterwohnungsverhältnisse hat zugenommen, da immer mehr Arbeiter nach Bremen ziehen, und die Baupespekulation sich des Baues von Arbeiterwohnungen besonders bemächtigt. So ist es unter anderem nach und nach, wenn auch nicht gerade zu Arbeiterkasernen, so doch zu immer größeren Häusern mit Arbeiterwohnungen gekommen; die Arbeiter sind in größeren Häusern zusammengepfercht. Dann verweise ich auf den Vortrag von Herrn Dr. Böhmert, worin er sagt, daß Bremen wie jede andere Großstadt, die eine bedeutende Industrie hat, auch reformbedürftige Wohnungsverhältnisse hat. Im Jahre 1906 ist die Kommission zu der Ueberzeugung gekommen, daß das der Fall ist, daß Bremen reformbedürftige Wohnungsverhältnisse hat. Die Reformbedürftigkeit besteht darin, wenn ich kurz darauf hinweisen darf, daß es an billigen Wohnungen im Preise von 200—250 M. fehlt; und darum sehen wir, daß beim sonst die Volksgesundheit fördernden Einfamilienhaus in Bremen das Verhältnis in das Gegenteil umschlägt, weil der Arbeiter selbst nicht daran denken

kann, ein solches Haus allein zu halten. Er muß an Einlogierer oder Arbeiter vermieten, er selbst aber mit seiner Familie muß in kleinen Gelassen wohnen. So steht es um das Einfamilienhaus, wo nach Ansicht vieler Leute dem Arbeiter das Glück erblickt. Es wohnen viel zu viel Menschen in den einzelnen kleinen Häusern, und darin sind die schlechten Wohnungsverhältnisse zum guten Teil begründet. Darauf ist auch schon durch die Arbeiten des Statistischen Amtes vor Jahren in einer Schrift genügend hingewiesen worden. Der Senat hat nun trotzdem immer hinten an gehalten in dieser Frage. Warum? Darauf haben wir eine deutliche Antwort durch den Brief von Herrn Senator Stadtländer an Herrn Hagemeyer bekommen. Wenn Herr Senator Stadtländer, der sich mit dieser Frage zu beschäftigen hat, eine Wohnungsmisere nicht anerkennt, dann werden die übrigen Mitglieder des Senats der gleichen Meinung sein; mag die Mehrheit der Bürgererschaft allemal anders darüber denken, die Allmacht des Senats kümmert sich darum nicht. Ich stimme Herrn Schütte bei, und meine Freunde auch, daß wir eine solche Auffassung nicht länger durchgehen lassen dürfen. Die Auffassung des Herrn Senator Stadtländer, die am grünen Tische entstanden ist, ist eine verknöcherte, und wenn diese weiter besteht oder solche Verhältnisse erhalten bleiben, dann können wir bis zum St. Nimmerleinstage warten. Es muß etwas geschehen; da scheint es nun aber nicht geraten zu sein, den Antrag Schütte anzunehmen. Ich möchte, daß der Antrag, der von der Kommission gestellt ist, genügend berücksichtigt wird und daß ihm entsprochen wird. Es muß eine besondere Deputation sein, die für die besonderen Verhältnisse eingesetzt ist. Ich wollte schon 1906 den Antrag auf Errichtungen von Arbeiterwohnungen durch den Staat stellen; ich war aber damals noch zu jung in der Bürgererschaft und habe den Antrag zu ungelegener Zeit eingebracht. Ich wollte den Antrag einbringen, ob es opportun sei, daß der Senat sich mit der Frage beschäftige, staatsseitig Arbeiterwohnungen in Bremen zu bauen, nicht etwa zu dem Zwecke, daß die Arbeiter sie als eigene erwerben, sondern daß sie an die Arbeiter vermietet werden können. Daß das eine Frage ist, die in bezug auf die Wohnungsfrage in Betracht kommt, das weiß jeder, der Fühlung mit der Wohnungsfrage genommen hat. Ich bin aber der Meinung, daß, wenn dieser Antrag, den die Kommission gestellt hat, in solcher Weise erweitert wird und dann an die Deputation für die Stadterweiterung käme, dann läge er dort in irgend einer Akte im Aktenschrantke wohl verwahrt, aber die Deputation käme wegen anderer Fragen nicht dazu, diesen speziellen Teil der sozialen Frage zu prüfen, und deshalb sind wir gegen den Antrag Schütte. Wir verkennen nicht den guten Willen von Herrn Schütte und seinen Freunden in seiner nächsten Nähe, wenn sie der Verschleppungspolitik des Senats entgegentreten. Wir können uns aber nicht mit dem Antrage Schütte ein-

verstanden erklären. Was der Senat tut, fällt auf uns zurück. Wenn der Senat eine solche Verschleppungspolitik treibt, und wir haben uns nicht dagegen gewandt, dann haben wir diese Verschleppung einfach mitgemacht. Sie sehen, wir können auch mit einem Gegner übereinstimmen, das kommt allerdings selten vor. (Heiterkeit.) Ich bin erfreut, mit Herrn Schütte hier an einem Strange zu ziehen. Aber wir können die Sache nicht mitmachen, daß wir die Frage der Deputation für die Stadterweiterung überweisen. Sehen wir nach dem Antrage der Kommission eine Deputation ein und sorgen Sie, daß Sozialdemokraten in die Deputation hineinkommen, dann werden wir Dampf dahinter machen. Wir sind als Vertreter der Arbeiter in erster Linie dabei interessiert, daß die Arbeiterwohnungsfrage gelöst wird. (Bravo bei den Sozialdemokraten.) In erster Linie muß der Arbeiterwohnungsfrage mehr Interesse entgegengebracht werden. Da könnte in Bremen mehr geschehen. Es haben ja schon Versammlungen stattgefunden, es sind Artikel in der Presse erschienen, man hat die bekannten Gartenstadtdenken propagiert usw., von seiten eines gewissen Vereins ist die Frage erörtert, hin und wieder ist also darüber geredet worden, aber positiv ist noch nichts geschehen. Die Hauptsache ist, daß man den Arbeitern billige Wohnungen schafft, da die Arbeiter nicht genügend verdienen; hier müssen Staat und Gemeinde eingreifen. Diese Frage kann aber nur in einer speziellen Deputation beraten werden, darum möchte ich bitten, den heutigen Antrag abzulehnen und bei dem alten Antrage der Kommission zu bleiben, der, wenn ich mich recht erinnere, seinerzeit einstimmig angenommen worden ist.

Herr Hagemeyer: Ich glaube, daß wir praktischer verfahren, wenn wir den Antrag Schütte, den ich mitunterzeichnet habe, annehmen als den Antrag des Herrn Henke. Wir werden dann rascher zum Ziele kommen. Die Sache liegt so, daß auf den Antrag der damaligen Kommission verlangt worden ist, erstens die Schaffung einer Wohnungsinspektion, und zweitens, daß eine Deputation wegen Beseitigung von Gängen und Höfen sowie gesundheitschädlichen Wohnungen einzusetzen sei. Nun geht unser Antrag dahin, mit dieser zweiten Aufgabe die Deputation für die Stadterweiterung zu beauftragen. Bei den Arbeiten dieser Deputation wird es sich aus einfacher Konsequenz von selbst ergeben, daß aus einer Reihe auch anderer Gründe Gangwohnungen zu beseitigen sind. Die Sache liegt doch so, daß die Stadterweiterungsdeputation u. a. den Auftrag hat, Grundstücke anzukaufen. Es wird sich dabei auch um Grundstücke handeln, wo jetzt Gänge und Höfe sind. Dabei kommt in erster Reihe die Wohnungsfrage der Arbeiter in Betracht. Ich erinnere daran, daß gerade die Deputation für die Stadterweiterung auf meinen Antrag schon mit einem Bericht beauftragt worden ist über die Arbeiterwohnungsfrage: ob es sich empfiehlt, für geeignete Gelände in Bremens

Stadt- und Landgebiet für Arbeiterwohnungen Bebauungspläne auszuarbeiten. Die Tendenz der Staffeldbauordnung geht auch im wesentlichen dahin, billige Arbeiterwohnungen zu schaffen und den Bau solcher Wohnungen zu gewährleisten. Wenn wir nun noch eine besondere Deputation für diesen Zweck einsetzen, so schaffen wir noch eine dritte Instanz neben der Wohnungsinspektion und der Deputation für die Stadterweiterung. Ich bitte Sie, den Antrag Schütte anzunehmen.

Herr Schütte: Wenn Herr Henke über den Bau von Arbeiterwohnungen gesprochen hat, so hängt das ja nicht eng mit der Sache zusammen, aber ich kann Herrn Henke sagen, daß demnächst an die Bürgerschaft schon eine Vorlage kommen wird, Arbeiterwohnungen in der von ihm gewünschten Weise zu bauen. Dann kann die Sache näher besprochen werden. Ich möchte doch bitten, meinen Antrag anzunehmen. Noch vor wenigen Tagen lag in der Deputation ein Bauantrag für die Kleine Krummenstraße vor, wo auch kleine Gänge sind. Ich bin sofort hingegangen und habe mich durch freundliche Beihilfe von Herrn Theilen genau informiert, und es ist dann auf meine Veranlassung ein Beamter beauftragt, die Sache zu untersuchen. Sie sehen hieraus, daß die Frage mit den Arbeiten der Stadterweiterungsdeputation zusammenhängt. Im übrigen hat Herr Hagemeyer die Sache so gründlich ausgeführt, daß ich auf weitere Ausführungen verzichten kann. Es kommt jetzt darauf an, daß nicht nur theoretisch über die Sache geredet, sondern daß praktisch etwas getan wird. (Schlußrufe.)

Herr Henke: Die Ausführungen der Herren Vorredner haben mich nicht überzeugt. Ich glaube, daß die Deputation für die Stadterweiterung wesentlich arbeitet, um dem Schönheitsbedürfnis zu genügen. (Widerpruch.) „Wesentlich“ habe ich gesagt, daß schließt doch anderes nicht aus. Aber die Frage, um die es mir zu tun ist, berührt nicht gerade die Arbeiten der Stadterweiterungsdeputation. Sie hat ihr Augenmerk wohl besonders auch darauf zu richten, Gelände anzukaufen, auf dem vielleicht auch Arbeiterwohnungen zu errichten sind, die nicht gesundheitschädlich sind, aber ich glaube nicht, daß die Deputation die Aufgabe hat, bestehende gesundheitschädliche Wohnungen zu beseitigen, dazu hat sie keine Vollmacht, und wir können ihr doch nichts überweisen, wozu sie keine Vollmacht hat. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Präsident: Ich glaube, gehört zu haben, daß, als ich Herrn Henke das Wort gegeben hatte, Schluß beantragt worden ist. Zum Wort angeschrieben ist noch Herr Runoth.

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Herr Runoth: Ich möchte nur ein paar Worte sagen.

Herr Hagemeyer zur Aufklärung des Tatsächlichen: Ich möchte bemerken, daß die Deputation für die Stadterweiterung eingesetzt ist mit der besonderen Aufgabe, auf alle wirtschaftlichen, volkswirtschaftlichen und gesundheitlichen Verhältnisse Rücksicht zu nehmen und die Stadterweiterungsfrage danach zu bearbeiten. Dazu gehört auch die Arbeiterwohnungsfrage, die nicht außer acht gelassen werden kann.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Präsident: Herr Henke, einen besonderen Antrag haben Sie nicht gestellt?

Herr Henke: Nein, nur daß wir an dem früheren Beschluß festhalten sollten.

Der Antrag Schütte wird angenommen.

Präsident: Meine Herren, nur noch eine kleine Mitteilung, die ganz harmloser Natur ist. Herr Senator Hildebrand legt Wert darauf, daß sie noch heute verabschiedet wird.

Nr. XII der Tagesordnung:

### Mitteilung des Senats vom 25. Februar 1910:

#### 6. Gesetz wegen Abänderung des Gesetzes, betreffend die Stadtbremische Armenpflege.

Herr Dr. Duidde: Gegen den Gesetzentwurf als solchen hat die Juristische Kommission nichts einzuwenden. Sie macht aber darauf aufmerksam, daß sich in der Ueberschrift vier Druckfehler finden. Zunächst muß es nicht heißen Gesetz wegen „Abänderungen“, sondern wegen „Abänderung“. Dann ist das abzuändernde Gesetz nicht vom 25. April 1600 (Heiterkeit), sondern vom 25. April 1900. Ferner muß es nicht heißen „Gesetzes“, sondern „Gesetzes“. Schließlich ist in der Klammer vor „S. 9“ die Jahreszahl „1902“ ausgefallen. Weitere Druckfehler hat die Juristische Kommission nicht gefunden. (Große Heiterkeit.)

Das Gesetz wird angenommen.

Schluß der Sitzung 8 Uhr 50 Minuten.